

Amtsblatt der Europäischen Union

C 13



Ausgabe
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen

53. Jahrgang
20. Januar 2010

<u>Informationsnummer</u>	Inhalt	Seite
I	<i>Entschlüsse, Empfehlungen und Stellungnahmen</i>	
	STELLUNGNAHMEN	
	Europäische Zentralbank	
2010/C 13/01	Stellungnahme der Europäischen Zentralbank vom 8. Januar 2010 zu drei Vorschlägen für Verordnungen des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung einer Europäischen Bankaufsichtsbehörde, einer Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung und einer Europäischen Wertpapieraufsichtsbehörde (CON/2010/5)	1
II	<i>Mitteilungen</i>	
	MITTEILUNGEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN STELLEN DER EUROPÄISCHEN UNION	
	Europäische Kommission	
2010/C 13/02	Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss (Sache COMP/M.5502 — Merck/Schering-Plough) ⁽¹⁾	10
2010/C 13/03	Mitteilung der Kommission über die Behörde, die zur Ausstellung von Echtheitsbescheinigungen im Rahmen der Verordnung (EG) Nr. 620/2009 befugt ist	11

DE

Preis:
4 EUR

⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR

(Fortsetzung umseitig)

<u>Informationsnummer</u>	Inhalt (Fortsetzung)	Seite
2010/C 13/04	Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss (Sache COMP/M.5731 — AXA LBO FUND IV/Home Shopping Europe) ⁽¹⁾	12

IV Informationen

INFORMATIONEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN STELLEN DER EUROPÄISCHEN UNION

Europäische Kommission

2010/C 13/05	Euro-Wechselkurs	13
--------------	------------------------	----

INFORMATIONEN DER MITGLIEDSTAATEN

2010/C 13/06	Angaben der Mitgliedstaaten über staatliche Beihilfen, die auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 800/2008 der Kommission zur Erklärung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Gemeinsamen Markt in Anwendung der Artikel 87 und 88 des EG-Vertrags (allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung) gewährt werden ⁽¹⁾	14
2010/C 13/07	Angaben der Mitgliedstaaten über staatliche Beihilfen, die auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 800/2008 der Kommission zur Erklärung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Gemeinsamen Markt in Anwendung der Artikel 87 und 88 des EG-Vertrags (allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung) gewährt werden ⁽¹⁾	19
2010/C 13/08	Angaben der Mitgliedstaaten über staatliche Beihilfen, die auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 800/2008 der Kommission zur Erklärung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Gemeinsamen Markt in Anwendung der Artikel 87 und 88 des EG-Vertrags (allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung) gewährt werden ⁽¹⁾	24
2010/C 13/09	Angaben der Mitgliedstaaten über staatliche Beihilfen, die auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 800/2008 der Kommission zur Erklärung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Gemeinsamen Markt in Anwendung der Artikel 87 und 88 des EG-Vertrags (allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung) gewährt werden ⁽¹⁾	29
2010/C 13/10	Auszug aus der Entscheidung in Sachen Bank of Credit and Commerce International gemäß der Richtlinie 2001/24/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Sanierung und Liquidation von Kreditinstituten	34



⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR

I

(Entschlüsse, Empfehlungen und Stellungnahmen)

STELLUNGNAHMEN

EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

STELLUNGNAHME DER EUROPÄISCHEN ZENTRALBANK

vom 8. Januar 2010

zu drei Vorschlägen für Verordnungen des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung einer Europäischen Bankaufsichtsbehörde, einer Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung und einer Europäischen Wertpapieraufsichtsbehörde

(CON/2010/5)

(2010/C 13/01)

Einleitung und Rechtsgrundlage

Am 6. Oktober 2009 wurde die Europäische Zentralbank (EZB) vom Rat der Europäischen Union um Stellungnahme zu folgenden Rechtsakten ersucht: (1) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung einer Europäischen Bankaufsichtsbehörde⁽¹⁾ (*European Banking Authority*, EBA) (nachfolgend der „EBA-Verordnungsvorschlag“); (2) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung einer Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung⁽²⁾ (*European Insurance and Occupational Pensions Authority*, EIOPA) (nachfolgend der „EIOPA-Verordnungsvorschlag“); und (3) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung einer Europäischen Wertpapieraufsichtsbehörde⁽³⁾ (*European Securities and Markets Authority*, ESMA) (nachfolgend der „ESMA-Verordnungsvorschlag“).

Die Zuständigkeit der EZB zur Abgabe einer Stellungnahme zu jedem der drei Verordnungsvorschläge (nachfolgend die „Verordnungsvorschläge“) beruht auf Artikel 127 Absatz 4 und Artikel 282 Absatz 5 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, da die Verordnungsvorschläge Bestimmungen enthalten, die den Beitrag des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) in Bezug auf die reibungslose Durchführung der Maßnahmen auf dem Gebiet der Aufsicht über die Kreditinstitute und der Stabilität des Finanzsystems gemäß Artikel 127 Absatz 5 des Vertrags berühren. Da sich die drei Dokumente auf die Einführung der drei neuen Europäischen Aufsichtsbehörden (*European Supervisory Authorities*, ESAs) beziehen, die Teil des Europäischen Finanzaufsichtssystems (*European System of Financial Supervision*, ESFS) sein werden, hat die EZB der Einfachheit halber eine übergreifende Stellungnahme zu den Verordnungsvorschlägen verabschiedet.

Die Anmerkungen in dieser Stellungnahme gelten in Verbindung mit der Stellungnahme der EZB CON/2009/88 vom 26. Oktober 2009 zu einem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die gemeinschaftliche Finanzaufsicht auf Makroebene und zur Einsetzung eines Europäischen Ausschusses für Systemrisiken sowie zu einem Vorschlag für eine Entscheidung des Rates zur

⁽¹⁾ KOM(2009) 0501 endgültig.

⁽²⁾ KOM(2009) 0502 endgültig.

⁽³⁾ KOM(2009) 0503 endgültig.

Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Funktionsweise des Europäischen Ausschusses für Systemrisiken (*European Systemic Risk Board*, ESRB) auf die Europäische Zentralbank (nachfolgend der „ESRB-Verordnungsvorschlag“ bzw. der „ESRB-Entscheidungsvorschlag“); diese beiden Vorschläge sind Teil des Gesetzespakets, das die Kommission am 23. September 2009 im Hinblick auf die Reform der europäischen Finanzaufsicht verabschiedet hat ⁽¹⁾.

Des Weiteren erfolgen die vorliegenden Anmerkungen unbeschadet der künftigen Stellungnahme der EZB zu den Änderungen, die die Kommission für das Gemeinschaftsrecht im Finanzsektor als notwendige Ergänzung zum vorgenannten Gesetzespaket vorgeschlagen hat (nachfolgend die „vorgeschlagene Sammelrichtlinie“) ⁽²⁾ und etwaiger sonstiger Stellungnahmen der EZB zu sonstigen Entwürfen für Rechtsvorschriften, die im Zusammenhang mit dem Gesetzespaket verabschiedet werden.

Die Fragen, die von der vorliegenden Stellungnahme erfasst werden, beschränken sich auf die Einrichtung und Arbeitsweise der ESAs, welche für EZB/ESZB und ESRB von unmittelbarer Bedeutung sind.

Diese Stellungnahme wurde gemäß Artikel 17.5 Satz 1 der Geschäftsordnung der Europäischen Zentralbank vom EZB-Rat verabschiedet.

Allgemeine Anmerkungen

Der vorgeschlagene institutionelle Aufsichtsrahmen der Europäischen Union

1. Die Verordnungsvorschläge sind Teil einer umfassenden Überarbeitung des institutionellen Aufsichtsrahmens der EU, die zum einen eine Verbesserung der mikroprudenziellen Aufsicht durch die Einrichtung der ESAs und zum anderen die Benennung des ESRB als neues unabhängiges Organ zum Inhalt hat, das für die Aufrechterhaltung der Stabilität des Finanzsystems durch makroprudenzielle Aufsicht auf europäischer Ebene zuständig ist, unter Übertragung besonderer hiermit verbundener Aufgaben auf die EZB auf der Grundlage des Artikels 127 Absatz 6 des Vertrags. Die EZB begrüßt den vorgeschlagenen institutionellen Rahmen weitgehend. Die EZB stellt in diesem Zusammenhang fest, dass der Ecofin-Rat sich am 2. Dezember 2009 auf einen allgemeinen Ansatz zu dem vorgeschlagenen Rahmen geeinigt hat ⁽³⁾.

Die ESAs und die Rechtsangleichung im Finanzsektor

2. Am 18.—19. Juni 2009 rief der Europäische Rat dazu auf, ein einheitliches europäisches Regelwerk einzuführen, das für alle Finanzinstitute im Binnenmarkt gilt ⁽⁴⁾. Die Verordnungsvorschläge folgen der Notwendigkeit, ein wirksames Instrument zur Festlegung harmonisierter technischer Standards für die Finanzdienstleistungen einzuführen, um mittels eines einzigen Regelwerks sicherzustellen, dass gleiche Wettbewerbsbedingungen und ein angemessener Schutz von Einlegern, Anlegern und Verbrauchern in Europa gewährleistet sind ⁽⁵⁾. Die EZB begrüßt diese Vorgehensweise im Hinblick darauf, dass sie sich seit langem für die Entwicklung eines EU-Regelwerks für Finanzdienstleistungen einsetzt. Außerdem sind die ESAs als Organe mit einem hoch spezialisierten Sachverstand sehr gut geeignet, den Prozess der Harmonisierung des Finanzsektors zu unterstützen, indem sie einen Beitrag zur Ausarbeitung hochqualitativer gemeinsamer Aufsichts- und Regulierungspraktiken leisten, insbesondere durch die Abgabe von Stellungnahmen für die EU-Organe und die Ausarbeitung von Leitlinien, Empfehlungen sowie Entwürfen für technische Standards ⁽⁶⁾.

⁽¹⁾ Seit dem Inkrafttreten des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (nachfolgend der „Vertrag“) am 1. Dezember 2009 ist Artikel 114 des Vertrags (ex-Artikel 95 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (nachfolgend der „EGV“)) die neue Rechtsgrundlage für die Verordnungsvorschläge und den ESRB-Verordnungsvorschlag. Die neue Rechtsgrundlage für den ESRB-Entscheidungsvorschlag ist Artikel 127 Absatz 6 des Vertrags (ex-Artikel 105 Absatz 6 EGV); dies impliziert, dass der ESRB-Entscheidungsvorschlag in eine Verordnung umgewandelt werden wird.

⁽²⁾ Am 25. November 2009 ersuchte der Rat die EZB formell um Stellungnahme zu einem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinien 1998/26/EG, 2002/87/EG, 2003/6/EG, 2003/41/EG, 2003/71/EG, 2004/39/EG, 2004/109/EG, 2005/60/EG, 2006/48/EG, 2006/49/EG und 2009/65/EG im Hinblick auf die Befugnisse der Europäischen Bankaufsichtsbehörde, der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung und der Europäischen Wertpapieraufsichtsbehörde, KOM(2009) 0576 endgültig.

⁽³⁾ Siehe den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung einer Europäischen Bankaufsichtsbehörde (EBA) — von dem Ecofin-Rat beschlossener Kompromiss der Präsidentschaft (2009/0142(COD) — 16748/1/09 REV1), den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung einer Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA), Kompromiss der Präsidentschaft (2009/0143(COD) — 16749/1/09 REV1) und den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung einer Europäischen Wertpapieraufsichtsbehörde (ESMA), Kompromiss der Präsidentschaft (2009/0144(COD) — 16751/1/09 REV1).

⁽⁴⁾ Siehe die Schlussfolgerungen der Präsidentschaft des Europäischen Rates vom 18.—19. Juni 2009, S. 8, und die Schlussfolgerungen des Ecofin-Rates vom 9. Juni 2009, abrufbar unter <http://www.europa.eu>

⁽⁵⁾ Siehe Erwägungsgrund 14 des EBA-Verordnungsvorschlags, Erwägungsgrund 14 des ESMA-Verordnungsvorschlags und Erwägungsgrund 13 des EIOPA-Verordnungsvorschlags.

⁽⁶⁾ Siehe Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnungsvorschläge.

Spezielle Anmerkungen

Verhältnis zwischen den ESAs und dem ESRB

3. Die EZB setzt sich ausdrücklich für wirksame institutionelle Regelungen zur Zusammenarbeit zwischen den ESAs und dem ESRB ein. Dies erfordert wirksame Verfahren zum Informationsaustausch, damit das reibungslose Ineinandergreifen der Aufsicht auf Makro- und Mikroebene und der rechtzeitige Zugriff des ESRB auf alle maßgeblichen Informationen, die er zur Wahrnehmung seiner Aufgaben benötigt, einschließlich der für makroprudenzielle Analysen maßgeblichen mikroprudenziellen Informationen, gewährleistet ist⁽¹⁾. Die EZB stellt in diesem Zusammenhang fest, dass eine der Hauptaufgaben der ESAs die Zusammenarbeit mit dem ESRB sein wird, insbesondere durch Übermittlung der Informationen an den ESRB, die für die Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich sind⁽²⁾. In diesem Zusammenhang begrüßt die EZB zwar den Umstand, dass die Verordnungsvorschläge eine starke Einbindung des ESRB in den neuen mikroprudenziellen institutionellen Rahmen vorsehen, sie schlägt jedoch eine Änderung vor, die sicherstellen soll, dass etwaige Hindernisse, die einem reibungslosen Informationsfluss zwischen dem ESRB und dem ESFS entgegenstehen könnten, beseitigt werden (siehe hierzu Änderungsvorschlag 7). Die vorgeschlagenen Regelungen zum Austausch vertraulicher Informationen gemäß den Verordnungsvorschlägen ergänzen die sonstigen maßgeblichen EU-Regelungen in diesen Bereichen, einschließlich dem ESRB-Verordnungsvorschlag.

Verhältnis zwischen den ESAs und dem ESZB

4. In Übereinstimmung mit Artikel 127 Absatz 5 des Vertrags sind die EZB und die nationalen Zentralbanken (NZBen) des ESZB aufgrund ihrer Zuständigkeiten und ihres Sachverstands eng in die gegenwärtige Finanzarchitektur der EU eingebunden. Die Verordnungsvorschläge sollten außerdem eine angemessene institutionelle Einbindung und Beteiligung der EZB und gegebenenfalls der NZBen des ESZB im Hinblick auf die ESAs und die neu eingerichteten Ausschüsse sicherstellen.
5. Im Einzelnen spiegelt die Einbindung des ESZB in die Zahlungs-, Clearings- und Abwicklungssysteme die ihm durch Artikel 127 Absatz 2 des Vertrags übertragene Aufgabe wider, „das reibungslose Funktionieren der Zahlungssysteme zu fördern“. Sichere und wirksame Nachhandelsinfrastrukturen für Wertpapiermärkte sind ein unverzichtbarer Bestandteil des Finanzsystems, und Störungen der Systeme für Clearing und Abwicklung von Wertpapieren können zu schwer wiegenden systemischen Beeinträchtigungen der reibungslosen Funktionsweise der Zahlungssysteme sowie der Stabilität des Finanzsystems führen. Angesichts der Überwachungsaufgaben der Zentralbanken in Bezug auf Zahlungsverkehrs-, Clearing- und Abwicklungssysteme ist eine wirksame Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken in ihrer Überwachungsfunktion und den Aufsichtsbehörden erforderlich⁽³⁾.
6. Die jüngsten Entwicklungen haben bestätigt, dass die Zentralbanken im Zusammenhang mit einer Krisensituation umfassend als Bereitsteller von Liquidität für das Bankensystem eingebunden sein können. Dies ist insbesondere der Fall, wenn sich eine Krise durch ein Ereignis manifestiert, das mit den Liquiditätsbedingungen auf den Geldmärkten bzw. der Funktionsweise von Zahlungsverkehrs- oder Wertpapierabwicklungssystemen verbunden ist⁽⁴⁾.

Vor diesem Hintergrund kann der Zugang der Zentralbanken zu aufsichtlichen Informationen über Finanzinstitute für die Durchführung der makroprudenziellen Überwachung, die Überwachung der Zahlungsverkehrs-, Clearing- und Abwicklungssysteme und die Gewährleistung der allgemeinen Stabilität des Finanzsystems maßgeblich sein⁽⁵⁾. Zwar existieren bereits Verbindungsstellen für den Austausch von Informationen im Rahmen der Finanzvorschriften der EU zwischen den zuständigen Behörden

⁽¹⁾ Siehe hierzu den de Larosière-Bericht der hochrangigen Expertengruppe für Finanzaufsicht in der EU vom Februar 2009, die Mitteilung der Kommission vom 27. Mai 2009 zur europäischen Finanzaufsicht (KOM(2009) 0252 endgültig), die Schlussfolgerungen des Ecofin-Rates vom 9. Juni 2009 und die Verordnungsvorschläge (Absätze 6.2.2 und 6.3 der Begründung zum EBA-Verordnungsvorschlag und die entsprechenden Absätze der Begründungen zu den beiden anderen Verordnungsvorschlägen).

⁽²⁾ Siehe beispielsweise Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe d der Verordnungsvorschläge.

⁽³⁾ Siehe Eurosystem Oversight Report 2009, November 2009, abrufbar unter <http://www.ecb.europa.eu>

⁽⁴⁾ Siehe hierzu das Memorandum of Understanding on cooperation between the financial supervisory authorities, central banks and finance ministries of the EU on cross-border financial stability, Juni 2008, abrufbar unter <http://www.ecb.europa.eu>

⁽⁵⁾ Siehe hierzu Nr. 2.1 bis 2.4 der Stellungnahme CON/2006/15 der EZB vom 9. März 2006 auf Ersuchen der polnischen Finanzministerin zum Entwurf eines Gesetzes über die Aufsicht über Finanzinstitute. Siehe auch Nr. 13 bis 15 der Stellungnahme CON/2009/17 der EZB vom 5. März 2009 auf Ersuchen des Rates der Europäischen Union zu einem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG hinsichtlich Zentralorganisationen zugeordneter Banken, bestimmter Eigenmittelbestandteile, Großkredite, Aufsichtsregelungen und Krisenmanagement.

und Zentralbanken⁽¹⁾, allerdings sollte sowohl aus materiellen Gründen als auch im Interesse der Einheitlichkeit sichergestellt werden, dass die Verordnungsvorschläge vergleichbare Regelungen in Bezug auf den Informationsaustausch zwischen den ESAs und dem ESZB bei der Durchführung ihrer jeweiligen Aufgaben festlegen.

ESAs und die Einhaltung des Verbots der monetären Finanzierung

7. Wenn eine NZB eine nach nationalem Recht zuständige Behörde für die Aufsicht über Kredit- bzw. Finanzinstitute ist, kann die Erfüllung dieser Aufgabe durch die NZB keine verbotene monetäre Finanzierung gemäß Artikel 123 des Vertrags darstellen. Soweit die Finanzierung jeder ESA insbesondere aus Pflichtbeiträgen der nationalen Behörden erfolgt, die für die Aufsicht über Kredit- bzw. Finanzinstitute zuständig sind⁽²⁾, bedeutet es für eine NZB keinen Verstoß gegen das Verbot der monetären Finanzierung, wenn sie zu den Einnahmen der ESA beiträgt, was unter diesen Umständen lediglich die Finanzierung der Erfüllung ihrer eigenen Aufsichtsaufgaben durch die NZB beinhalten würde.

Redaktionsvorschläge

Soweit die EZB empfiehlt, die Verordnungsvorschläge zu ändern, ist ein spezieller Redaktionsvorschlag (auf der Grundlage des Textes des EBA-Verordnungsvorschlags⁽³⁾) mit Begründung im Anhang aufgeführt.

Geschehen zu Frankfurt am Main am 8. Januar 2010.

Der Präsident der EZB

Jean-Claude TRICHET

⁽¹⁾ Siehe z.B. Artikel 12 der Richtlinie 2002/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2002 über die zusätzliche Beaufsichtigung der Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen und Wertpapierfirmen eines Finanzkonglomerats und zur Änderung der Richtlinien 73/239/EWG, 79/267/EWG, 92/49/EWG, 92/96/EWG, 93/6/EWG und 93/22/EWG des Rates und der Richtlinien 98/78/EG und 2000/12/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 35 vom 11.2.2003, S. 1), Artikel 58 Absatz 5 der Richtlinie 2004/39/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Märkte für Finanzinstrumente, zur Änderung der Richtlinien 85/611/EWG und 93/6/EWG des Rates und der Richtlinie 2000/12/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 93/22/EWG des Rates (ABl. L 145 vom 30.4.2004, S. 1), Artikel 49 der Richtlinie 2006/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2006 über die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeit der Kreditinstitute (Neufassung) (ABl. L 177 vom 30.6.2006, S. 1) und Artikel 70 der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (Solvabilität II) (Neufassung) (ABl. L 335 vom 17.12.2009, S. 1).

⁽²⁾ Siehe Artikel 48 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnungsvorschläge.

⁽³⁾ Mit Ausnahme der letzten drei Änderungsvorschläge, da die Änderungsvorschläge 11 und 12 sich auf den ESMA-Verordnungsvorschlag beziehen und der Änderungsvorschlag 13 sich auf die ESMA- und EIOPA-Verordnungsvorschläge bezieht. Die Änderungsvorschläge 9 und 10 beziehen sich ausschließlich auf den EBA-Verordnungsvorschlag.

ANHANG

Redaktionsvorschläge ⁽¹⁾

Kommissionsvorschlag	Änderungsvorschläge der EZB ⁽²⁾
----------------------	--

Änderung 1

Erwägungsgrund 21 der EBA- und ESMA-Verordnungsvorschläge sowie Erwägungsgrund 20 des EIOPA-Verordnungsvorschlags

Erwägungsgrund 21	Erwägungsgrund 21
„(21) Ernsthafte Bedrohungen der ordnungsgemäßen Funktionsweise und Integrität der Finanzmärkte oder der Stabilität des Finanzsystems in der Gemeinschaft erfordern eine rasche und konzertierte Antwort auf EU-Ebene. Die Behörde sollte von den nationalen Aufsichtsbehörden also fordern können, in Krisensituationen spezifische Maßnahmen zu ergreifen. Da für die Bestimmung des Vorliegens einer Krisensituation ein erheblicher Ermessensspielraum erforderlich ist, sollte diese Befugnis auf die Kommission übergehen. Um auf eine Krisensituation effizient reagieren zu können, sollte die Behörde für den Fall, dass die zuständigen nationalen Aufsichtsbehörden nicht tätig werden, befugt sein, als letztes Mittel unmittelbar an die Finanzinstitute gerichtete Entscheidungen in Bereichen des direkt auf sie anwendbaren Gemeinschaftsrechts zu erlassen, mit denen die Auswirkungen der Krise abgefedert und das Vertrauen in die Märkte wieder hergestellt werden.“	„(21) Ernsthafte Bedrohungen der ordnungsgemäßen Funktionsweise und Integrität der Finanzmärkte oder der Stabilität des Finanzsystems in der Gemeinschaft erfordern eine rasche und konzertierte Antwort auf EU-Ebene. Die Behörde sollte von den nationalen Aufsichtsbehörden also fordern können, in Krisensituationen spezifische Maßnahmen zu ergreifen. Da für die Bestimmung des Vorliegens einer Krisensituation ein erheblicher Ermessensspielraum erforderlich ist, sollte diese Befugnis auf die Kommission übergehen. Um auf eine Krisensituation effizient reagieren zu können, sollte die Behörde für den Fall, dass die zuständigen nationalen Aufsichtsbehörden nicht tätig werden, befugt sein, als letztes Mittel unmittelbar an die Finanzinstitute gerichtete Entscheidungen in Bereichen des direkt auf sie anwendbaren Gemeinschaftsrechts zu erlassen, mit denen die Auswirkungen der Krise abgefedert und das Vertrauen in die Märkte wieder hergestellt werden. Dies lässt die Zuständigkeit der Zentralbanken des ESZB für Entscheidungen zur Bereitstellung von Liquiditätshilfe in Notfällen zugunsten einzelner Finanzinstitute in Erfüllung der Aufgabe der Zentralbanken unberührt, zur Stabilität des Finanzsystems beizutragen. “

Begründung:

Die von den ESAs getroffenen und an die zuständigen Behörden bzw. einzelnen Finanzinstitute gerichteten Entscheidungen im Rahmen von Krisenfällen sollten die Zuständigkeiten der Zentralbanken des ESZB in Bezug auf die Bereitstellung von Liquiditätshilfe in Notfällen berücksichtigen.

Änderung 2

Erwägungsgrund 31a der EBA- und ESMA-Verordnungsvorschläge sowie Erwägungsgrund 30a des EIOPA-Verordnungsvorschlags (neu)

kein Text	Erwägungsgrund 31a/30a
	„(31a)/(30a) Es besteht die Notwendigkeit für eine enge Zusammenarbeit der Behörde mit der EZB und den Zentralbanken der EU, und der Zugang der Zentralbanken zu aufsichtlichen Informationen kann unerlässlich sein, insbesondere in Krisenfällen. Der Behörde sollte es deshalb nicht verwehrt sein, relevante Informationen mit der EZB und den NZBen des ESZB zu teilen, wenn diese Informationen für die Ausführung ihrer jeweiligen Aufgaben von Bedeutung sind, einschließlich der Durchführung der Geldpolitik und der hiermit zusammenhängenden Bereitstellung von Liquidität, der Überwachung von Zahlungsverkehrs-, Clearing- und Abwicklungssystemen und der Sicherstellung der Stabilität des Finanzsystems.“

Begründung:

Aus den in Nr. 4 bis 6 dieser Stellungnahme angeführten Gründen und im Einklang mit den Rechtsvorschriften der EU für den Finanzsektor sollten die Verordnungsvorschläge ausdrücklich auf die Pflicht der ESAs zur Zusammenarbeit mit der EZB und den NZBen des ESZB und die Notwendigkeit für angemessene Verbindungsstellen für den Informationsaustausch Bezug nehmen.

Kommissionsvorschlag	Änderungsvorschläge der EZB ⁽²⁾
----------------------	--

Änderung 3

Artikel 6 Absatz 1 der Verordnungsvorschläge

Artikel 6 „1. Die Behörde hat folgende Aufgaben: [...] (d) sie wird eng mit dem ESRB zusammenarbeiten, indem sie ihm insbesondere die für die Realisierung seiner Aufgaben erforderlichen Informationen übermittelt und angemessene Folgemaßnahmen für die Warnungen und Empfehlungen des ESRB sicherstellt;“	Artikel 6 „1. Die Behörde hat folgende Aufgaben: [...] (d) sie wird eng mit der EZB und gegebenenfalls den NZBen des ESZB zusammenarbeiten, indem sie ihnen insbesondere die für die Realisierung ihrer jeweiligen Aufgaben erforderlichen Informationen gemäß der einschlägigen EU-Rechtsvorschriften übermittelt (de) sie wird eng mit dem ESRB zusammenarbeiten, indem sie ihm insbesondere die für die Realisierung seiner Aufgaben erforderlichen Informationen übermittelt und angemessene Folgemaßnahmen für die Warnungen und Empfehlungen des ESRB sicherstellt;“
--	--

Begründung:

Aus den in Nr. 4 bis 6 dieser Stellungnahme angeführten Gründen und im Einklang mit den Rechtsvorschriften der EU für den Finanzsektor sollten die Verordnungsvorschläge ausdrücklich auf die Pflicht der Behörde Bezug nehmen, eng mit der EZB und gegebenenfalls den NZBen des ESZB zusammenzuarbeiten und ihnen relevante Informationen zur Verfügung stellen, wenn diese Informationen für die Erfüllung ihrer Aufgaben notwendig sind

Änderung 4

Artikel 10 Absatz 1 der Verordnungsvorschläge

Artikel 10 „1. Sollten ungünstige Entwicklungen eintreten, die die geordnete Funktionsweise und die Integrität von Finanzmärkten oder die Stabilität des Finanzsystems in der Gemeinschaft – ob als Ganzes oder in Teilen – ernsthaft gefährden können, kann die Kommission von sich aus oder auf Ersuchen der Behörde, des Rates oder des ESRB eine Entscheidung an die Behörde richten, in der für die Zwecke dieser Verordnung das Bestehen einer Krise festgestellt wird.“	Artikel 10 „1. Sollten ungünstige Entwicklungen eintreten, die die geordnete Funktionsweise und die Integrität von Finanzmärkten oder die Stabilität des Finanzsystems in der Gemeinschaft – ob als Ganzes oder in Teilen – ernsthaft gefährden können, kann die Kommission von sich aus oder auf Ersuchen der Behörde, des Rates, der EZB oder des ESRB nach Anhörung des Rates, der EZB, des ESRB und gegebenenfalls der Europäischen Aufsichtsbehörden , eine Entscheidung an die Behörde richten, in der für die Zwecke dieser Verordnung das Bestehen einer Krise festgestellt wird.“
---	---

Begründung:

Aus den in Nr. 4 bis 6 dieser Stellungnahme angeführten Gründen sollte die EZB in die Liste der Behörden aufgenommen werden, die berechtigt sind, die Kommission zu ersuchen, Entscheidungen zu treffen, in denen das Bestehen einer Krise festgestellt wird, sowie in die Liste der Behörden aufgenommen werden, die vor dem Erlass solcher Entscheidungen anzuhören sind. Erwägungsgrund 21 der EBA- und ESMA-Verordnungsvorschläge sowie Erwägungsgrund 20 des EIOPA-Verordnungsvorschlags sollten entsprechend geändert werden.

Änderung 5

Artikel 16 des Verordnungsvorschlags

Artikel 16 Koordinatorfunktion „Die Behörde fungiert zwischen den zuständigen Behörden als Koordinatorin, und zwar auch dann, wenn ungünstige Entwicklungen die geordnete Funktionsweise und die Integrität von Finanzmärkten oder die Stabilität des Finanzsystems in der Gemeinschaft gefährden könnten. Die Behörde fördert ein abgestimmtes Vorgehen auf Gemeinschaftsebene, indem sie unter anderem [...]	Artikel 16 Koordinatorfunktion „Die Behörde fungiert zwischen den zuständigen Behörden als Koordinatorin, und zwar auch dann, wenn ungünstige Entwicklungen die geordnete Funktionsweise und die Integrität von Finanzmärkten oder die Stabilität des Finanzsystems in der Gemeinschaft gefährden könnten. Die Behörde fördert ein abgestimmtes Vorgehen auf Gemeinschaftsebene, indem sie unter anderem [...]
--	--

Kommissionsvorschlag	Änderungsvorschläge der EZB ⁽²⁾
4) den ESRB unverzüglich auf jede potenzielle Krisensituation aufmerksam macht.“	4) die EZB und den ESRB unverzüglich auf jede potenzielle Krisensituation aufmerksam macht, einschließlich aller von der Kommission und der Behörde getroffenen Entscheidungen gemäß Artikel 10. “

Begründung:

Aus den in Nr. 4 bis 6 dieser Stellungnahme angeführten Gründen sollte die EZB unverzüglich von den ESAs über potenzielle Krisenfälle informiert werden (einschließlich aller Entscheidungen der Kommission und der ESAs gemäß Artikel 10 der Verordnungsvorschläge).

Änderung 6

Artikel 41 Absatz 2 der Verordnungsvorschläge

Artikel 41	Artikel 41
„2. Der Exekutivdirektor, die Kommission und der ESRB werden zu den Sitzungen des Gemeinsamen Ausschusses der Europäischen Aufsichtsbehörden und den Sitzungen der in Artikel 43 genannten Unterausschüsse als Beobachter geladen.“	„2. Der Exekutivdirektor, die Kommission, die EZB und der ESRB werden zu den Sitzungen des Gemeinsamen Ausschusses der Europäischen Aufsichtsbehörden und den Sitzungen der in Artikel 43 genannten Unterausschüsse als Beobachter geladen.“

Begründung:

Der Gemeinsame Ausschuss wird sich mit Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse für alle Behörden befassen. Er könnte als Plattform zur Diskussion von Angelegenheiten dienen, die sowohl für Zentralbanken als auch für die ESAs von Interesse sind, etwa in Bezug auf Marktinfrastrukturen und Finanzkonglomerate. Es ist daher ratsam, die EZB als Beobachter in den Gemeinsamen Ausschuss aufzunehmen. Weiterhin steht die Teilnahme der EZB im Unterausschuss zu Finanzkonglomeraten im Einklang mit den gegenwärtigen institutionellen Regelungen, wonach die EZB an den Sitzungen des Gemeinsamen Ausschusses für Finanzkonglomerate und des Interims-Arbeitsausschusses zu den Finanzkonglomeraten teilnimmt.

Änderung 7

Artikel 56 Absatz 3 der Verordnungsvorschläge

Artikel 56	Artikel 56
„3. Die Absätze 1 und 2 hindern die Behörde nicht daran, im Rahmen dieser Verordnung und anderer auf Finanzinstitute anwendbarer Rechtsvorschriften der Gemeinschaft mit nationalen Aufsichtsbehörden Informationen auszutauschen. Diese Informationen fallen unter das Berufsgeheimnis gemäß den Absätzen 1 und 2. Die Behörde legt in ihren internen Verfahrensvorschriften die praktischen Einzelheiten für die Anwendung der in den Absätzen 1 und 2 enthaltenen Vertraulichkeitsregelungen fest.“	„3. Die Absätze 1 und 2 hindern die Behörde nicht daran, im Rahmen dieser Verordnung und anderer auf Finanzinstitute anwendbarer Rechtsvorschriften der Gemeinschaft mit nationalen Aufsichtsbehörden, dem ESZB und dem ESRB Informationen auszutauschen. Diese Informationen fallen unter das Berufsgeheimnis gemäß den Absätzen 1 und 2. Die Behörde legt in ihren internen Verfahrensvorschriften die praktischen Einzelheiten für die Anwendung der in den Absätzen 1 und 2 enthaltenen Vertraulichkeitsregelungen fest.“

Begründung:

Aus den in Nr. 3 bis 6 dieser Stellungnahme angeführten Gründen sollte es dem ESRB und dem ESZB nicht verwehrt sein, am Austausch aufsichtlicher Informationen teilzunehmen.

Änderung 8

Artikel 66 Absatz 1 der Verordnungsvorschläge

Artikel 66	Artikel 66
„1. Die Kommission veröffentlicht innerhalb von drei Jahren nach dem in Artikel 67 Absatz 2 festgelegten Datum und danach alle drei Jahre einen allgemeinen Erfahrungsbericht über die Tätigkeiten der Behörde und über die in dieser Verordnung festgelegten Verfahren. [...]“	„1. Die Kommission veröffentlicht innerhalb von drei Jahren nach dem in Artikel 67 Absatz 2 festgelegten Datum und danach alle drei Jahre nach Erhalt der Stellungnahmen der Europäischen Aufsichtsbehörden, des ESRB und der EZB einen allgemeinen Erfahrungsbericht über die Tätigkeiten der Behörde und über die in dieser Verordnung festgelegten Verfahren. [...]“

Begründung:

Eine ähnliche Überprüfungsklausel ist in dem ESRB-Verordnungsvorschlag in der vom Ecofin-Rat am 20. Oktober 2009 zugestimmten Fassung enthalten (Artikel 20) ⁽³⁾.

Kommissionsvorschlag	Änderungsvorschläge der EZB ⁽²⁾
----------------------	--

Änderung 9

Artikel 25 des EBA-Verordnungsvorschlags

Artikel 25 „Zusammensetzung 1. Das Aufsichtsorgan setzt sich zusammen aus a) dem nicht stimmberechtigten Vorsitzenden, b) den Leitern der für die Beaufsichtigung von Kreditinstituten zuständigen nationalen Behörden der einzelnen Mitgliedstaaten, c) einem nicht stimmberechtigten Vertreter der Kommission, d) einem nicht stimmberechtigten Vertreter der Europäischen Zentralbank, e) einem nicht stimmberechtigten Vertreter des ESRB, f) je einem nicht stimmberechtigten Vertreter der beiden anderen Europäischen Aufsichtsbehörden. 2. Jede zuständige Behörde hat aus ihren Reihen einen hochrangigen Stellvertreter zu benennen, der das in Absatz 1 Buchstabe b genannte Mitglied des Aufsichtsorgans bei Verhinderung vertreten kann. 3. Handelt es sich bei der in Absatz 1 Buchstabe b genannten Behörde nicht um eine Zentralbank, kann das in Absatz 1 Buchstabe b genannte Mitglied des Aufsichtsorgans von einem nicht stimmberechtigten Vertreter der Zentralbank des betreffenden Mitgliedstaats begleitet werden. 4. Um im Anwendungsbereich der Richtlinie 94/19/EG tätig werden zu können, kann das in Absatz 1 Buchstabe b genannte Mitglied des Aufsichtsorgans gegebenenfalls von einem nicht stimmberechtigten Vertreter der Stellen begleitet werden, die in den einzelnen Mitgliedstaaten die Einlagensicherungssysteme verwalten. 5. Das Aufsichtsorgan kann beschließen, Beobachter zuzulassen. Der Exekutivdirektor kann ohne Stimmrecht an den Sitzungen des Verwaltungsorgans teilnehmen.“	Artikel 25 „Zusammensetzung 1. Das Aufsichtsorgan setzt sich zusammen aus a) dem nicht stimmberechtigten Vorsitzenden, b) den Leitern der für die Beaufsichtigung von Kreditinstituten zuständigen nationalen Behörden der einzelnen Mitgliedstaaten, c) einem nicht stimmberechtigten Vertreter der nationalen Zentralbank, wenn eine in Buchstabe b) genannte Behörde keine Zentralbank ist, (d) (d) einem nicht stimmberechtigten Vertreter der Kommission, (e) (e) einem nicht stimmberechtigten Vertreter der Europäischen Zentralbank, (f) (f) einem nicht stimmberechtigten Vertreter des ESRB, (g) (g) je einem nicht stimmberechtigten Vertreter der beiden anderen Europäischen Aufsichtsbehörden. 2. Jede zuständige Behörde hat aus ihren Reihen einen hochrangigen Stellvertreter zu benennen, der das in Absatz 1 Buchstabe b genannte Mitglied des Aufsichtsorgans bei Verhinderung vertreten kann. 3. Handelt es sich bei der in Absatz 1 Buchstabe b genannten Behörde nicht um eine Zentralbank, kann das in Absatz 1 Buchstabe b genannte Mitglied des Aufsichtsorgans von einem nicht stimmberechtigten Vertreter der Zentralbank des betreffenden Mitgliedstaats begleitet werden. 34. Um im Anwendungsbereich der Richtlinie 94/19/EG tätig werden zu können, kann das in Absatz 1 Buchstabe b genannte Mitglied des Aufsichtsorgans gegebenenfalls von einem nicht stimmberechtigten Vertreter der Stellen begleitet werden, die in den einzelnen Mitgliedstaaten die Einlagensicherungssysteme verwalten. 45. Das Aufsichtsorgan kann beschließen, Beobachter zuzulassen. Der Exekutivdirektor kann ohne Stimmrecht an den Sitzungen des Verwaltungsorgans teilnehmen.“
--	--

Begründung:

Es sollte sichergestellt werden, dass den Vertretern der NZBen ein unabhängiges Recht zur Mitwirkung im Aufsichtsorgan der EBA als nicht stimmberechtigte Mitglieder zusteht.

Änderung 10

Artikel 29 Absatz 4 der Verordnungsvorschläge

Artikel 29 Absatz 4 „4. Die Geschäftsordnung legt die genauen Abstimmungsmodalitäten fest und enthält soweit angebracht Bestimmungen zur Beschlussfähigkeit. Mit Ausnahme des Vorsitzenden und des Exekutivdirektors nehmen weder die nicht stimmberechtigten Mitglieder noch die Beobachter an Beratungen des Aufsichtsorgans über einzelne Finanzinstitute teil, es sei denn, Artikel 61 oder die in Artikel 1 Absatz 2 genannten Rechtsvorschriften sehen etwas anderes vor.“	Artikel 29 Absatz 4 „4. Die Geschäftsordnung legt die genauen Abstimmungsmodalitäten fest und enthält soweit angebracht Bestimmungen zur Beschlussfähigkeit. Mit Ausnahme des Vorsitzenden, und des Exekutivdirektors und der Vertreter der Zentralbanken der Mitgliedstaaten, die im Bereich der Bankenaufsicht wesentlich miteingebunden sind, nehmen weder die nicht stimmberechtigten Mitglieder noch die Beobachter an Beratungen des Aufsichtsorgans über einzelne Finanzinstitute teil, es sei denn, Artikel 61 oder die in Artikel 1 Absatz 2 genannten Rechtsvorschriften sehen etwas anderes vor.“
--	--

Kommissionsvorschlag	Änderungsvorschläge der EZB ⁽²⁾
----------------------	--

Begründung:

Diese Änderungen würde es nicht stimmberechtigten Vertretern der Zentralbanken der Mitgliedstaaten mit wesentlicher Einbindung im Bereich der Bankenaufsicht erlauben, an vertraulichen Diskussionen bezüglich einzelner Finanzinstitute teilzunehmen.

Änderung 11

Erwägungsgrund 31a des ESMA-Verordnungsvorschlags (neu)

kein Text	Erwägungsgrund 31a „(31a) Sichere und wirksame Nachhandelsinfrastrukturen für Wertpapiermärkte sind ein unverzichtbarer Bestandteil des Finanzsystems, und Störungen der Systeme für Clearing und Abwicklung von Wertpapieren können zu schwer wiegenden systemischen Beeinträchtigungen der reibungslosen Funktionsweise der Zahlungssysteme sowie der Stabilität des Finanzsystems führen. Angesichts der Überwachungsaufgaben der Zentralbanken in Bezug auf Zahlungsverkehrs-, Clearing- und Abwicklungssysteme ist eine wirksame Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken in ihrer Aufsichtsfunktion und der Behörde in Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse erforderlich.“
-----------	---

Begründung:

Die EZB ist der Ansicht, dass die bestehende Zusammenarbeit zwischen dem Ausschuss der europäischen Wertpapierregulierungsbehörden und den Zentralbanken zwischen der ESMA und den Zentralbanken in Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse weitergeführt werden sollte.

Änderung 12

Artikel 1 Absatz 2a des ESMA-Verordnungsvorschlags (neu)

kein Text	Artikel 1 „(2a) Unbeschadet der relevanten Zuständigkeiten des ESZB ergreift die Behörde angemessene Maßnahmen im Bereich Clearing und Abwicklung und der Funktionsfähigkeit der Derivatmärkte.“
-----------	---

Begründung:

Die auf die ESMA übertragenen Aufgaben gemäß dem ESMA-Verordnungsvorschlag in Bezug auf die vorstehenden Angelegenheiten sollten die bestehenden Zuständigkeiten der EZB und der NZBen des ESZB im Bereich Clearing und Abwicklung berücksichtigen.

Änderung 13

Artikel 25 Absatz 1 der ESMA- und EIOPA-Verordnungsvorschläge

Artikel 25 „1. Das Aufsichtsorgan setzt sich zusammen aus [...] d) einem nicht stimmberechtigten Vertreter des ESRB, [...]“	Artikel 25 „1. Das Aufsichtsorgan setzt sich zusammen aus [...] d) einem nicht stimmberechtigten Vertreter der EZB, e) einem nicht stimmberechtigten Vertreter des ESRB, [...]“
--	---

Begründung:

Aus den in Nr. 4 bis 6 dieser Stellungnahme angeführten Gründen ist es ratsam, die EZB als nicht stimmberechtigten Vertreter in das Aufsichtsorgan der ESMA und der EIOPA aufzunehmen. Die EZB stellt fest, dass dies bereits in den Fassungen der EBA- und EIOPA-Verordnungsvorschläge der Fall ist, zu denen der Ecofin-Rat am 2. Dezember 2009 seine Zustimmung erteilt hat ⁽⁴⁾.

⁽¹⁾ Die Verordnungsvorschläge wurden am 23. September 2009 verabschiedet, d. h. vor Inkrafttreten der Verträge über die Europäische Union und über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Die Verweise auf Vertragsvorschriften in den Kommissionsvorschlägen sind anzupassen.

⁽²⁾ Der neue Wortlaut, der nach dem Änderungsvorschlag der EZB eingefügt werden soll, erscheint in Fettschrift. Der Wortlaut, der nach dem Änderungsvorschlag der EZB gestrichen werden soll, erscheint in durchgestrichener Schrift.

⁽³⁾ 2009/0140(COD) — 14491/1/09 REV1.

⁽⁴⁾ Siehe 2009/0142(COD) — 16748/1/09 REV1 (für die EBA) und 2009/0143(COD) — 16749/1/09 (für die EIOPA).

II

(Mitteilungen)

MITTEILUNGEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN STELLEN
DER EUROPÄISCHEN UNION

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss**(Sache COMP/M.5502 — Merck/Schering-Plough)****(Text von Bedeutung für den EWR)**

(2010/C 13/02)

Am 22. Oktober 2009 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b) der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates entschieden, keine Einwände gegen den obengenannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden beiden EU-Websites veröffentlicht:

- Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<http://ec.europa.eu/competition/mergers/cases/>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,
 - der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/en/index.htm>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32009M5502 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.
-

Mitteilung der Kommission über die Behörde, die zur Ausstellung von Echtheitsbescheinigungen im Rahmen der Verordnung (EG) Nr. 620/2009 befugt ist

(2010/C 13/03)

Mit der Verordnung (EG) Nr. 617/2009 des Rates vom 13. Juli 2009, veröffentlicht im *Amtsblatt der Europäischen Union* L 182 vom 15. Juli 2009, ist ein Einfuhrzollkontingent für hochwertiges Rindfleisch eröffnet worden.

Gemäß Artikel 7 der Verordnung (EG) Nr. 620/2009 der Kommission vom 13. Juli 2009 ist die Überführung der im Rahmen dieses Kontingents eingeführten Erzeugnisse in den zollrechtlich freien Verkehr an die Vorlage einer Echtheitsbescheinigung gebunden.

Folgende Behörde ist befugt, die Echtheitsbescheinigungen im Rahmen dieser Verordnung auszustellen:

Department of Agriculture, Fisheries and Forestry (DAFF) of the Australian Government
18 Marcus Clarke Street
Canberra City ACT 2601
AUSTRALIA

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss
(Sache COMP/M.5731 — AXA LBO FUND IV/Home Shopping Europe)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2010/C 13/04)

Am 14. Januar 2010 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates entschieden, keine Einwände gegen den obengenannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden beiden EU-Websites veröffentlicht:

- Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<http://ec.europa.eu/competition/mergers/cases/>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,
 - der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/en/index.htm>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32010M5731 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.
-

IV

(Informationen)

INFORMATIONEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN
STELLEN DER EUROPÄISCHEN UNION

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾

19. Januar 2010

(2010/C 13/05)

1 Euro =

Währung			Kurs	Währung			Kurs
USD	US-Dollar		1,4279	AUD	Australischer Dollar		1,5541
JPY	Japanischer Yen		129,79	CAD	Kanadischer Dollar		1,4723
DKK	Dänische Krone		7,4421	HKD	Hongkong-Dollar		11,0846
GBP	Pfund Sterling		0,87430	NZD	Neuseeländischer Dollar		1,9440
SEK	Schwedische Krone		10,1518	SGD	Singapur-Dollar		1,9871
CHF	Schweizer Franken		1,4760	KRW	Südkoreanischer Won		1 609,87
ISK	Isländische Krone			ZAR	Südafrikanischer Rand		10,6210
NOK	Norwegische Krone		8,1485	CNY	Chinesischer Renminbi Yuan		9,7488
BGN	Bulgarischer Lew		1,9558	HRK	Kroatische Kuna		7,2925
CZK	Tschechische Krone		25,905	IDR	Indonesische Rupiah		13 264,32
EEK	Estnische Krone		15,6466	MYR	Malaysischer Ringgit		4,7685
HUF	Ungarischer Forint		267,94	PHP	Philippinischer Peso		65,473
LTL	Litauischer Litas		3,4528	RUB	Russischer Rubel		42,3735
LVL	Lettischer Lat		0,7085	THB	Thailändischer Baht		46,960
PLN	Polnischer Zloty		4,0303	BRL	Brasilianischer Real		2,5405
RON	Rumänischer Leu		4,1205	MXN	Mexikanischer Peso		18,1607
TRY	Türkische Lira		2,0850	INR	Indische Rupie		65,4050

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.

INFORMATIONEN DER MITGLIEDSTAATEN

Angaben der Mitgliedstaaten über staatliche Beihilfen, die auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 800/2008 der Kommission zur Erklärung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Gemeinsamen Markt in Anwendung der Artikel 87 und 88 des EG-Vertrags (allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung) gewährt werden

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2010/C 13/06)

Referenz-Nummer der staatlichen Beihilfe	X 672/09	
Mitgliedstaat	Vereinigtes Königreich	
Referenznummer des Mitgliedstaats	—	
Name der Region (NUTS)	Northern Ireland Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe c	
Bewilligungsbehörde	InterTradeIreland Old Gasworks Business Park Kilmorey Street Newry BT34 2DE UNITED KINGDOM http://www.intertradeireland.com	
Name der Beihilfemaßnahme	Acumen Programme	
Einzelstaatliche Rechtsgrundlage (Fundstelle der amtlichen Veröffentlichung im Mitgliedstaat)	European Communities Act 1973 British Irish Agreement Act 1999 Section 2.3 Part 7 of Annex empowers InterTradeIreland to invest, grant aid or lend for the purposes of its function.	
Art der Maßnahme	Regelung	
Änderung einer bestehenden Beihilfemaßnahme	Änderung XS 109/03	
Laufzeit	8.6.2009—31.12.2013	
Betroffene Wirtschaftszweige	Alle für Beihilfen in Frage kommenden Wirtschaftszweige	
Art des Beihilfeempfängers	KMU	
Gesamtes nach der Regelung vorgesehenes Jahresbudget	1,08 GBP (in Mio.)	
Bei Garantien	—	
Beihilfeinstrumente (Artikel 5)	Zuschuss	
Verweis auf die Kommissionsentscheidung	—	
Bei Kofinanzierung aus Gemeinschaftsmitteln	—	
Ziele	Beihilfehöchstintensität in % oder Beihilfehöchstbetrag in der Landeswährung	KMU-Aufschläge in %
KMU-Beihilfen für die Inanspruchnahme von Beratungsdiensten (Artikel 26)	50 %	—

Weblink zum vollständigen Wortlaut der Beihilfemaßnahme:

<http://www.intertradeireland.com/index.cfm/area/information/page/State%20Aid>

Referenz-Nummer der staatlichen Beihilfe	X 704/09	
Mitgliedstaat	Deutschland	
Referenznummer des Mitgliedstaats	421-40306/0002	
Name der Region (NUTS)	Deutschland Nicht-Fördergebiete	
Bewilligungsbehörde	Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung Deichmanns Aue 29 53179 Bonn DEUTSCHLAND http://www.ble.de	
Name der Beihilfemaßnahme	Bund: Richtlinien des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) und des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) für ein Bundesprogramm zur Steigerung der Energieeffizienz in der Landwirtschaft und im Gartenbau	
Einzelstaatliche Rechtsgrundlage (Fundstelle der amtlichen Veröffentlichung im Mitgliedstaat)	Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009) vom 21. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2899) in Verbindung mit den Richtlinien des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) und des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) für ein Bundesprogramm zur Steigerung der Energieeffizienz in der Landwirtschaft und im Gartenbau	
Art der Maßnahme	Regelung	
Änderung einer bestehenden Beihilfemaßnahme	—	
Laufzeit	1.9.2009—31.12.2012	
Betroffene Wirtschaftszweige	Gemischte Landwirtschaft	
Art des Beihilfeempfängers	KMU	
Gesamtes nach der Regelung vorgesehenes Jahresbudget	7,00 EUR (in Mio.)	
Bei Garantien	—	
Beihilfeinstrumente (Artikel 5)	Zuschuss	
Verweis auf die Kommissionsentscheidung	—	
Bei Kofinanzierung aus Gemeinschaftsmitteln	—	
Ziele	Beihilfehöchstintensität in % oder Beihilfehöchstbetrag in der Landeswährung	KMU-Aufschläge in %
KMU-Investitions- und Beschäftigungsbeihilfen (Artikel 15)	40 %	—

Weblink zum vollständigen Wortlaut der Beihilfemaßnahme:

<http://www.bmelv.de/SharedDocs/Downloads/EU/BuProgrEnergieeffizienz>

Referenz-Nummer der staatlichen Beihilfe	X 705/09	
Mitgliedstaat	Rumänien	

Referenznummer des Mitgliedstaats	—	
Name der Region (NUTS)	Romania Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe a	
Bewilligungsbehörde	Ministerul Finanțelor Publice Str. Apolodor nr. 17, sector 5 București ROMÂNIA http://www.mfinante.ro	
Name der Beihilfemaßnahme	Modificarea HG nr. 1680/08 pentru instituirea unei scheme de ajutor de stat privind asigurarea dezvoltării economice durabile	
Einzelstaatliche Rechtsgrundlage (Fundstelle der amtlichen Veröffentlichung im Mitgliedstaat)	Hotărârea Guvernului nr. 776/08 iulie 2009 privind modificarea HG nr. 1680/08 pentru instituirea unei scheme de ajutor de stat privind asigurarea dezvoltării economice durabile, publicată în Monitorul Oficial nr. 546/06 august 2009	
Art der Maßnahme	Regelung	
Änderung einer bestehenden Beihilfemaßnahme	Änderung X 24/09	
Laufzeit	1.1.2009—31.12.2013	
Betroffene Wirtschaftszweige	Alle für Beihilfen in Frage kommenden Wirtschaftszweige	
Art des Beihilfeempfängers	KMU	
Gesamtes nach der Regelung vorgesehenes Jahresbudget	686,00 RON (in Mio.)	
Bei Garantien	—	
Beihilfeinstrumente (Artikel 5)	Zuschuss	
Verweis auf die Kommissionsentscheidung	—	
Bei Kofinanzierung aus Gemeinschaftsmitteln	—	
Ziele	Beihilfehöchstintensität in % oder Beihilfehöchstbetrag in der Landeswährung	KMU-Aufschläge in %
Regionale Investitions- und Beschäftigungsbeihilfen (Artikel 13) Regelung	50 %	—

Weblink zum vollständigen Wortlaut der Beihilfemaßnahme:

http://www.mfinante.ro/HG_nr776_2009.pdf

Referenz-Nummer der staatlichen Beihilfe	X 706/09	
Mitgliedstaat	Polen	
Referenznummer des Mitgliedstaats	PL	
Name der Region (NUTS)	Pomorskie Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe a	
Bewilligungsbehörde	Narodowe Centrum Badań i Rozwoju ul. Ks. I. Skorupki 4 00-546 Warszawa POLSKA/POLAND http://www.ncbir.gov.pl	

Name der Beihilfemaßnahme	Pomoc na badania i rozwój dla DATERA S.A.	
Einzelstaatliche Rechtsgrundlage (Fundstelle der amtlichen Veröffentlichung im Mitgliedstaat)	Ustawa z dnia 8 października 2004 r. o zasadach finansowania nauki (Dz. U. Nr 238, poz. 2390, z późn. zm.) art. 15 ust. 1	
Art der Maßnahme	Ad-hoc-Beihilfe DATERA S.A	
Änderung einer bestehenden Beihilfemaßnahme	—	
Bewilligungszeitpunkt	28.7.2008	
Betroffene Wirtschaftszweige	Leitungsgebundene Telekommunikation	
Art des Beihilfeempfängers	KMU	
Gesamtbetrag der dem Unternehmen gewährten Ad-hoc-Beihilfe	0,16 PLN (in Mio.)	
Bei Garantien	—	
Beihilfeinstrumente (Artikel 5)	Zuschuss	
Verweis auf die Kommissionsentscheidung	—	
Bei Kofinanzierung aus Gemeinschaftsmitteln	—	
Ziele	Beihilfehöchstintensität in % oder Beihilfehöchstbetrag in der Landeswährung	KMU-Aufschläge in %
Industrielle Forschung (Art. 31 Abs. 2 Buchstabe b)	50 %	20 %

Weblink zum vollständigen Wortlaut der Beihilfemaßnahme:

<http://www.ncbir.gov.pl>

Referenz-Nummer der staatlichen Beihilfe	X 713/09	
Mitgliedstaat	Polen	
Referenznummer des Mitgliedstaats	PL	
Name der Region (NUTS)	Mazowieckie Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe a	
Bewilligungsbehörde	Narodowe Centrum Badań i Rozwoju ul. Ks. I. Skorupki 4 00-546 Warszawa POLSKA/POLAND http://www.ncbir.gov.pl	
Name der Beihilfemaßnahme	Pomoc na badania i rozwój dla Medicalgorithmics Sp. z o.o.	
Einzelstaatliche Rechtsgrundlage (Fundstelle der amtlichen Veröffentlichung im Mitgliedstaat)	Ustawa z dnia 8 października 2004 r. o zasadach finansowania nauki (Dz. U. Nr 238, poz. 2390, z późn. zm.) art. 15 ust. 1	
Art der Maßnahme	Ad-hoc-Beihilfe Medicalgorithmics Sp. z o.o.	
Änderung einer bestehenden Beihilfemaßnahme	—	
Bewilligungszeitpunkt	20.10.2008	
Betroffene Wirtschaftszweige	Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten a. n. g.	

Art des Beihilfeempfängers	KMU	
Gesamtbetrag der dem Unternehmen gewährten Ad-hoc-Beihilfe	0,60 PLN (in Mio.)	
Bei Garantien	—	
Beihilfeinstrumente (Artikel 5)	Zuschuss	
Verweis auf die Kommissionsentscheidung	—	
Bei Kofinanzierung aus Gemeinschaftsmitteln	—	
Ziele	Beihilfehöchstintensität in % oder Beihilfehöchstbetrag in der Landeswährung	KMU-Aufschläge in %
Industrielle Forschung (Art. 31 Abs. 2 Buchstabe b)	50 %	25 %
Experimentelle Entwicklung (Art. 31 Abs. 2 Buchstabe c)	25 %	25 %

Weblink zum vollständigen Wortlaut der Beihilfemaßnahme:

<http://www.ncbir.gov.pl>

Angaben der Mitgliedstaaten über staatliche Beihilfen, die auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 800/2008 der Kommission zur Erklärung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Gemeinsamen Markt in Anwendung der Artikel 87 und 88 des EG-Vertrags (Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung) gewährt werden

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2010/C 13/07)

Referenz-Nummer der staatlichen Beihilfe	X 707/09	
Mitgliedstaat	Polen	
Referenznummer des Mitgliedstaats	PL	
Name der Region (NUTS)	Małopolskie Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe a	
Bewilligungsbehörde	Narodowe Centrum Badań i Rozwoju ul. Ks. I. Skorupki 4 00-546 Warszawa POLSKA/POLAND http://www.ncbir.gov.pl	
Name der Beihilfemaßnahme	Pomoc na badania i rozwój dla Energocontrol Sp. z o.o.	
Einzelstaatliche Rechtsgrundlage (Fundstelle der amtlichen Veröffentlichung im Mitgliedstaat)	Ustawa z dnia 8 października 2004 r. o zasadach finansowania nauki (Dz. U. Nr 238, poz. 2390, z późn. zm.) art. 15 ust. 1	
Art der Maßnahme	Ad-hoc-Beihilfe Energocontrol Sp. z o.o.	
Änderung einer bestehenden Beihilfemaßnahme	—	
Bewilligungszeitpunkt	30.10.2008	
Betroffene Wirtschaftszweige	Ingenieurbüros	
Art des Beihilfeempfängers	KMU	
Gesamtbetrag der dem Unternehmen gewährten Ad-hoc-Beihilfe	0,21 PLN (in Mio.)	
Bei Garantien	—	
Beihilfeinstrumente (Artikel 5)	Zuschuss	
Verweis auf die Kommissionsentscheidung	—	
Bei Kofinanzierung aus Gemeinschaftsmitteln	—	
Ziele	Beihilfehöchstintensität in % oder Beihilfehöchstbetrag in der Landeswährung	KMU-Aufschläge in %
Industrielle Forschung (Art. 31 Abs. 2 Buchstabe b)	50 %	20 %
Experimentelle Entwicklung (Art. 31 Abs. 2 Buchstabe c)	25 %	20 %

Weblink zum vollständigen Wortlaut der Beihilfemaßnahme:

<http://www.ncbir.gov.pl>

Referenz-Nummer der staatlichen Beihilfe	X 708/09	
Mitgliedstaat	Polen	
Referenznummer des Mitgliedstaats	PL	
Name der Region (NUTS)	Mazowieckie Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe a	
Bewilligungsbehörde	Narodowe Centrum Badań i Rozwoju ul. Ks. I. Skorupki 4 00-546 Warszawa POLSKA/POLAND http://www.ncbir.gov.pl	
Name der Beihilfemaßnahme	Pomoc na badania i rozwój dla TELESTO Sp. z o.o.	
Einzelstaatliche Rechtsgrundlage (Fundstelle der amtlichen Veröffentlichung im Mitgliedstaat)	Ustawa z dnia 8 października 2004 r. o zasadach finansowania nauki (Dz. U. Nr 238, poz. 2390. z późn. zm.) art. 15 ust. 1	
Art der Maßnahme	Ad-hoc-Beihilfe TELESTO Sp. z o.o.	
Änderung einer bestehenden Beihilfemaßnahme	—	
Bewilligungszeitpunkt	8.1.2009	
Betroffene Wirtschaftszweige	Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten a. n. g.	
Art des Beihilfeempfängers	KMU	
Gesamtbetrag der dem Unternehmen gewährten Ad-hoc-Beihilfe	2,96 PLN (in Mio.)	
Bei Garantien	—	
Beihilfeinstrumente (Artikel 5)	Zuschuss	
Verweis auf die Kommissionsentscheidung	—	
Bei Kofinanzierung aus Gemeinschaftsmitteln	—	
Ziele	Beihilfehöchstintensität in % oder Beihilfehöchstbetrag in der Landeswährung	KMU-Aufschläge in %
Industrielle Forschung (Art. 31 Abs. 2 Buchstabe b)	50 %	20 %
Experimentelle Entwicklung (Art. 31 Abs. 2 Buchstabe c)	25 %	20 %

Weblink zum vollständigen Wortlaut der Beihilfemaßnahme:

<http://www.ncbir.gov.pl>

Referenz-Nummer der staatlichen Beihilfe	X 709/09	
Mitgliedstaat	Polen	
Referenznummer des Mitgliedstaats	PL	
Name der Region (NUTS)	Pomorskie Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe a	

Bewilligungsbehörde	Narodowe Centrum Badań i Rozwoju ul. Ks. I. Skorupki 4 00-546 Warszawa POLSKA/POLAND http://www.ncbir.gov.pl	
Name der Beihilfemaßnahme	Pomoc na badania i rozwój dla MMB Drives Sp. z o.o.	
Einzelstaatliche Rechtsgrundlage (Fundstelle der amtlichen Veröffentlichung im Mitgliedstaat)	Ustawa z dnia 8 października 2004 r. o zasadach finansowania nauki (Dz. U. Nr 238, poz. 2390, z późn. zm.) art. 15 ust. 1	
Art der Maßnahme	Ad-hoc-Beihilfe MMB Drives Sp. z o.o.	
Änderung einer bestehenden Beihilfemaßnahme	—	
Bewilligungszeitpunkt	21.11.2008	
Betroffene Wirtschaftszweige	Ingenieurbüros	
Art des Beihilfeempfängers	KMU	
Gesamtbetrag der dem Unternehmen gewährten Ad-hoc-Beihilfe	0,12 PLN (in Mio.)	
Bei Garantien	—	
Beihilfeinstrumente (Artikel 5)	Zuschuss	
Verweis auf die Kommissionsentscheidung	—	
Bei Kofinanzierung aus Gemeinschaftsmitteln	—	
Ziele	Beihilfehöchstintensität in % oder Beihilfehöchstbetrag in der Landeswährung	KMU-Aufschläge in %
Industrielle Forschung (Art. 31 Abs. 2 Buchstabe b)	50 %	19,8 %

Weblink zum vollständigen Wortlaut der Beihilfemaßnahme:

<http://www.ncbir.gov.pl>

Referenz-Nummer der staatlichen Beihilfe	X 710/09	
Mitgliedstaat	Polen	
Referenznummer des Mitgliedstaats	PL	
Name der Region (NUTS)	Wielkopolskie Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe a	
Bewilligungsbehörde	Narodowe Centrum Badań i Rozwoju ul. Ks. I. Skorupki 4 00-546 Warszawa POLSKA/POLAND http://www.ncbir.gov.pl	
Name der Beihilfemaßnahme	Pomoc na badania i rozwój dla ELA-COMPIL Sp. z o.o.	

Einzelstaatliche Rechtsgrundlage (Fundstelle der amtlichen Veröffentlichung im Mitgliedstaat)	Ustawa z dnia 8 października 2004 r. o zasadach finansowania nauki (Dz. U. Nr 238, poz. 2390. z późn. zm.) art. 15 ust. 1	
Art der Maßnahme	Ad-hoc-Beihilfe ELA-COMPIL Sp. z o.o.	
Änderung einer bestehenden Beihilfemaßnahme	—	
Bewilligungszeitpunkt	25.8.2008	
Betroffene Wirtschaftszweige	Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten a. n. g.	
Art des Beihilfeempfängers	KMU	
Gesamtbetrag der dem Unternehmen gewährten Ad-hoc-Beihilfe	0,18 PLN (in Mio.)	
Bei Garantien	—	
Beihilfeinstrumente (Artikel 5)	Zuschuss	
Verweis auf die Kommissionsentscheidung	—	
Bei Kofinanzierung aus Gemeinschaftsmitteln	—	
Ziele	Beihilfehöchstintensität in % oder Beihilfehöchstbetrag in der Landeswährung	KMU-Aufschläge in %
Industrielle Forschung (Art. 31 Abs. 2 Buchstabe b)	50 %	20 %

Weblink zum vollständigen Wortlaut der Beihilfemaßnahme:

<http://www.ncbir.gov.pl>

Referenz-Nummer der staatlichen Beihilfe	X 712/09	
Mitgliedstaat	Polen	
Referenznummer des Mitgliedstaats	PL	
Name der Region (NUTS)	Wielkopolskie Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe a	
Bewilligungsbehörde	Narodowe Centrum Badań i Rozwoju ul. Ks. I. Skorupki 4 00-546 Warszawa POLSKA/POLAND http://www.ncbir.gov.pl	
Name der Beihilfemaßnahme	Pomoc na badania i rozwój dla Geo-Poland Sp. z o.o.	
Einzelstaatliche Rechtsgrundlage (Fundstelle der amtlichen Veröffentlichung im Mitgliedstaat)	Ustawa z dnia 8 października 2004 r. o zasadach finansowania nauki (Dz. U. Nr 238, poz. 2390. z późn. zm.) art. 15 ust. 1	
Art der Maßnahme	Ad-hoc-Beihilfe Geo-Poland Sp. z o.o.	

Änderung einer bestehenden Beihilfemaßnahme	—	
Bewilligungszeitpunkt	26.8.2008	
Betroffene Wirtschaftszweige	Milchverarbeitung (ohne Herstellung von Speiseeis)	
Art des Beihilfeempfängers	KMU	
Gesamtbetrag der dem Unternehmen gewährten Ad-hoc-Beihilfe	0,14 PLN (in Mio.)	
Bei Garantien	—	
Beihilfeinstrumente (Artikel 5)	Zuschuss	
Verweis auf die Kommissionsentscheidung	—	
Bei Kofinanzierung aus Gemeinschaftsmitteln	—	
Ziele	Beihilfehöchstintensität in % oder Beihilfehöchstbetrag in der Landeswährung	KMU-Aufschläge in %
Industrielle Forschung (Art. 31 Abs. 2 Buchstabe b)	50 %	20 %
Experimentelle Entwicklung (Art. 31 Abs. 2 Buchstabe c)	25 %	20 %

Weblink zum vollständigen Wortlaut der Beihilfemaßnahme:

<http://www.ncbir.gov.pl>

Angaben der Mitgliedstaaten über staatliche Beihilfen, die auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 800/2008 der Kommission zur Erklärung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Gemeinsamen Markt in Anwendung der Artikel 87 und 88 des EG-Vertrags (allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung) gewährt werden

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2010/C 13/08)

Referenz-Nummer der staatlichen Beihilfe	X 604/09	
Mitgliedstaat	Spanien	
Referenznummer des Mitgliedstaats	ES	
Name der Region (NUTS)	Cataluña Mischgebiete	
Bewilligungsbehörde	Agència de Gestió de Ayudas Universitarias y de Investigación (AGAUR) Via Laietana, 28, 2ona. Planta 08003 Barcelona ESPAÑA http://www.gencat.cat/AGAUR	
Name der Beihilfemaßnahme	Ayudas destinadas a entidades del sector empresarial con centro operativo en Cataluña para el desarrollo de proyectos de I+D que fomenten la contratación de personal investigador dentro del programa Talent empresa (TEM)	
Einzelstaatliche Rechtsgrundlage (Fundstelle der amtlichen Veröffentlichung im Mitgliedstaat)	Resolución IUE/1640/2009, de 27 de mayo, por la que se aprueban las bases y se abre la convocatoria de ayudas destinadas a entidades del sector empresarial con centro operativo en Cataluña para el desarrollo de proyectos de I+D que fomenten la contratación de personal investigador dentro del programa Talent empresa (TEM) 2009 DOGC núm. 5402, de 17.6.2009	
Art der Maßnahme	Regelung	
Änderung einer bestehenden Beihilfemaßnahme	—	
Laufzeit	1.9.2011—31.12.2013	
Betroffene Wirtschaftszweige	Alle für Beihilfen in Frage kommende Wirtschaftszweige	
Art des Beihilfeempfängers	KMU	
Gesamtes nach der Regelung vorgesehenes Jahresbudget	4,50 EUR (in Mio.)	
Bei Garantien	—	
Beihilfeinstrumente (Artikel 5)	Zuschuss	
Verweis auf die Kommissionsentscheidung	—	
Bei Kofinanzierung aus Gemeinschaftsmitteln	—	
Ziele	Beihilfehöchstintensität in % oder Beihilfehöchstbetrag in der Landeswährung	KMU-Aufschläge in %
Industrielle Forschung (Art. 31 Abs. 2 Buchstabe b)	50 %	20 %
Experimentelle Entwicklung (Art. 31 Abs. 2 Buchstabe c)	25 %	20 %
Beihilfen für technische Durchführbarkeitsstudien (Artikel 32)	75 %	—

Weblink zum vollständigen Wortlaut der Beihilfemaßnahme:

<http://www.gencat.cat/eadop/imagenes/5402/09147074.pdf>

Referenz-Nummer der staatlichen Beihilfe	X 618/09	
Mitgliedstaat	Spanien	
Referenznummer des Mitgliedstaats	ES	
Name der Region (NUTS)	Cataluña Nicht-Fördergebiete	
Bewilligungsbehörde	Departament d'Economia i Finances de la Generalitat de Catalunya Rambla, 21 08007 Barcelona ESPAÑA http://www.gencat.cat/economia/index	
Name der Beihilfemaßnahme	Ayudas para la captación de talento directivo estratégico para pymes del ámbito biotecnológico y biomédico	
Einzelstaatliche Rechtsgrundlage (Fundstelle der amtlichen Veröffentlichung im Mitgliedstaat)	Orden ECF/325/2009 de 10 de junio, por la que se aprueban las bases reguladoras para la concesión de ayudas a la Captación de Talento Directivo y Estratégico para pymes en el ámbito biotecnológico y biomédico	
Art der Maßnahme	Regelung	
Änderung einer bestehenden Beihilfemaßnahme	—	
Laufzeit	30.6.2009—31.12.2013	
Betroffene Wirtschaftszweige	Forschung und Entwicklung im Bereich Biotechnologie	
Art des Beihilfeempfängers	KMU	
Gesamtes nach der Regelung vorgesehenes Jahresbudget	0,50 EUR (in Mio.)	
Bei Garantien	—	
Beihilfeinstrumente (Artikel 5)	Zuschuss	
Verweis auf die Kommissionsentscheidung	—	
Bei Kofinanzierung aus Gemeinschaftsmitteln	—	
Ziele	Beihilfehöchstintensität in % oder Beihilfehöchstbetrag in der Landeswährung	KMU-Aufschläge in %
Beihilfen für Innovationsberatungsdienste und innovationsunterstützende Dienstleistungen (Artikel 36)	200 000 EUR	—

Weblink zum vollständigen Wortlaut der Beihilfemaßnahme:

<http://www.gencat.cat/eadop/imagenes/5410/09160108.pdf>

Referenz-Nummer der staatlichen Beihilfe	X 623/09	
Mitgliedstaat	Deutschland	
Referenznummer des Mitgliedstaats	—	
Name der Region (NUTS)	Berlin Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe a Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe c	
Bewilligungsbehörde	Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales Oranienstraße 106 10969 Berlin DEUTSCHLAND http://www.berlin.de/sen/ias/index.html	

Name der Beihilfemaßnahme	Förderung der Berufsausbildung im Land Berlin (Verbundausbildung)	
Einzelstaatliche Rechtsgrundlage (Fundstelle der amtlichen Veröffentlichung im Mitgliedstaat)	§§ 23, 44 der Landeshaushaltsordnung des Landes Berlin und Verwaltungsvorschrift über die Gewährung von Zuschüssen zur Förderung der Berufsausbildung im Land Berlin vom 8.5.2007 (ABl. Nr. 22 S. 1366—1368 vom 25.5.2007)	
Art der Maßnahme	Regelung	
Änderung einer bestehenden Beihilfemaßnahme	—	
Laufzeit	1.4.2007—31.3.2010	
Betroffene Wirtschaftszweige	Alle für Beihilfen in Frage kommende Wirtschaftszweige	
Art des Beihilfeempfängers	KMU	
Gesamtes nach der Regelung vorgesehenes Jahresbudget	1,65 EUR (in Mio.)	
Bei Garantien	—	
Beihilfeinstrumente (Artikel 5)	Sonstiges, Zuschuss betroffene Wirtschaftszweige: Berufe nach Berufsausbildungsgesetz (siehe Anlage)	
Verweis auf die Kommissionsentscheidung	—	
Bei Kofinanzierung aus Gemeinschaftsmitteln	—	
Ziele	Beihilfehöchstintensität in % oder Beihilfehöchstbetrag in der Landeswährung	KMU-Aufschläge in %
Allgemeine Ausbildungsmaßnahmen (Art. 38 Abs. 2)	70 %	80 %

Weblink zum vollständigen Wortlaut der Beihilfemaßnahme:

<http://www.berlin.de/sen/arbeit/besch-impulse/ausbildung>

<http://www.hwk-berlin.de/fbb>

Referenz-Nummer der staatlichen Beihilfe	X 632/09	
Mitgliedstaat	Spanien	
Referenznummer des Mitgliedstaats	—	
Name der Region (NUTS)	Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe c	
Bewilligungsbehörde	Conselleria de Agricultura, Pesca y Alimentación C/ Amadeo de Saboya, 2 ESPAÑA http://www.agricultura.gva.es	
Name der Beihilfemaßnahme	Ayuda a FECOAV para Plan de Formación 2009	
Einzelstaatliche Rechtsgrundlage (Fundstelle der amtlichen Veröffentlichung im Mitgliedstaat)	Convenio entre la Conselleria de Agricultura, Pesca y Alimentación y la Federación de Cooperativas Agrarias de la Comunitat Valenciana (FECOAV) para la realización de un Plan de Formación	
Art der Maßnahme	Ad-hoc-Beihilfe Federación de Cooperativas Agrarias de la Comunitat Valenciana (FECOAV)	
Änderung einer bestehenden Beihilfemaßnahme	Änderung XT 37/08	
Bewilligungszeitpunkt	17.6.2009	

Betroffene Wirtschaftszweige	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Art des Beihilfeempfängers	KMU	
Gesamtbetrag der dem Unternehmen gewährten Ad-hoc-Beihilfe	0,90 EUR (in Mio.)	
Bei Garantien	—	
Beihilfeinstrumente (Artikel 5)	Zuschuss	
Verweis auf die Kommissionsentscheidung	—	
Bei Kofinanzierung aus Gemeinschaftsmitteln	—	
Ziele	Beihilfehöchstintensität in % oder Beihilfehöchstbetrag in der Landeswährung	KMU-Aufschläge in %
Allgemeine Ausbildungsmaßnahmen (Art. 38 Abs. 2)	60 %	10 %

Weblink zum vollständigen Wortlaut der Beihilfemaßnahme:

http://www.agricultura.gva.es/especiales/ayudas_agrarias/pdf/fecoav2009.pdf

Referenz-Nummer der staatlichen Beihilfe	X 641/09	
Mitgliedstaat	Niederlande	
Referenznummer des Mitgliedstaats	NLD	
Name der Region (NUTS)	Limburg (NL) Nicht-Fördergebiete	
Bewilligungsbehörde	Provincie Limburg Limburglaan 10 6229 GA Maastricht NEDERLAND http://www.limburg.nl	
Name der Beihilfemaßnahme	Projectsubsidie Haven Stein BV	
Einzelstaatliche Rechtsgrundlage (Fundstelle der amtlichen Veröffentlichung im Mitgliedstaat)	Artikel 4:23 lid 3 sub c Algemene wet bestuursrecht Artikel 5 Algemene Subsidieverordening Limburg	
Art der Maßnahme	Ad-hoc-Beihilfe Haven Stein BV	
Änderung einer bestehenden Beihilfemaßnahme	—	
Bewilligungszeitpunkt	30.6.2009	
Betroffene Wirtschaftszweige	Alle für Beihilfen in Frage kommende Wirtschaftszweige	
Art des Beihilfeempfängers	KMU	
Gesamtbetrag der dem Unternehmen gewährten Ad-hoc-Beihilfe	0,81 EUR (in Mio.)	
Bei Garantien	—	
Beihilfeinstrumente (Artikel 5)	Zuschuss	
Verweis auf die Kommissionsentscheidung	—	
Bei Kofinanzierung aus Gemeinschaftsmitteln	—	

Ziele	Beihilfehöchstintensität in % oder Beihilfehöchstbetrag in der Landeswährung	KMU-Aufschläge in %
KMU-Investitions- und Beschäftigungsbeihilfen (Artikel 15)	10 %	—

Weblink zum vollständigen Wortlaut der Beihilfemaßnahme:

http://www.limburg.nl/upload/pdf/MOB_Beschikking_Haven_Stein_BV.pdf

Angaben der Mitgliedstaaten über staatliche Beihilfen, die auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 800/2008 der Kommission zur Erklärung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Gemeinsamen Markt in Anwendung der Artikel 87 und 88 des EG-Vertrags (allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung) gewährt werden

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2010/C 13/09)

Referenz-Nummer der staatlichen Beihilfe	X 539/09	
Mitgliedstaat	Spanien	
Referenznummer des Mitgliedstaats	—	
Name der Region (NUTS)	Galicia Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe a	
Bewilligungsbehörde	Instituto Gallego de Promoción Económica (Igape) Complejo Administrativo de San Lázaro, s/n 15703 Santiago de Compostela (A Coruña) ESPAÑA http://www.igape.es/index.php?lang=es	
Name der Beihilfemaßnahme	IG108: Estudios, asistencia técnica y preparación de proyectos	
Einzelstaatliche Rechtsgrundlage (Fundstelle der amtlichen Veröffentlichung im Mitgliedstaat)	Resolución de 5 de febrero de 2009 (DOG nº 31, de 13 de febrero), por la que se modifican las bases reguladoras de los incentivos económicos y las bases reguladoras de los procedimientos de tramitación de las líneas de ayuda del Instituto Gallego de Promoción Económica, adaptándolas al Reglamento (CE) nº 800/2008, del 6 de agosto, general de exención por categorías, y se procede a la convocatoria para el ejercicio 2009, en régimen de concurrencia competitiva, de determinadas líneas de ayuda	
Art der Maßnahme	Regelung	
Änderung einer bestehenden Beihilfemaßnahme	Änderung XS 109/08	
Laufzeit	30.4.2009—31.12.2013	
Betroffene Wirtschaftszweige	Alle für Beihilfen in Frage kommenden Wirtschaftszweige	
Art des Beihilfeempfängers	KMU	
Gesamtes nach der Regelung vorgesehenes Jahresbudget	0,20 EUR (in Mio.)	
Bei Garantien	—	
Beihilfeinstrumente (Artikel 5)	Zuschuss	
Verweis auf die Kommissionsentscheidung	—	
Bei Kofinanzierung aus Gemeinschaftsmitteln	—	
Ziele	Beihilfehöchstintensität in % oder Beihilfehöchstbetrag in der Landeswährung	KMU-Aufschläge in %
KMU-Beihilfen für die Inanspruchnahme von Beratungsdiensten (Artikel 26)	50 %	—

Weblink zum vollständigen Wortlaut der Beihilfemaßnahme:

<http://www.xunta.es/Doc/Dog2009.nsf/FichaContenido/960E?OpenDocument>

Referenz-Nummer der staatlichen Beihilfe	X 587/09	
Mitgliedstaat	Belgien	
Referenznummer des Mitgliedstaats	—	
Name der Region (NUTS)	Vlaams Gewest Nicht-Fördergebiete	
Bewilligungsbehörde	Vlaamse Gemeenschap — departement Cultuur, Jeugd, Sport en Media — afdeling Beleid en Beheer Arenbergstraat 9 1000 Brussel BELGIË http://www.vlaanderen.be/media	
Name der Beihilfemaßnahme	Protocol tussen de Vlaamse Regering en de Vlaamse geschrevenperssector betreffende de vrijwaring van een pluriforme, onafhankelijke en performante Vlaamse opiniepers	
Einzelstaatliche Rechtsgrundlage (Fundstelle der amtlichen Veröffentlichung im Mitgliedstaat)	— Decreet van 21 december 2007 houdende de algemene uitgavenbegroting van de Vlaamse Gemeenschap voort het begrotingsjaar 2008 — Protocol tussen de Vlaamse Regering en de Vlaamse geschrevenperssector betreffende de vrijwaring van een pluriforme, onafhankelijke en performante Vlaamse opiniepers	
Art der Maßnahme	Ad-hoc-Beihilfe — Vlaamse Dagbladpers cvba, The PPress (federatie van Belgische Magazines), Unie van Uitgevers van de Periodieke Pers, Vereniging der Uitgevers van de Katholieke Periodieke Pers	
Änderung einer bestehenden Beihilfemaßnahme	Änderung N 74/04	
Bewilligungszeitpunkt	12.12.2008	
Betroffene Wirtschaftszweige	Verlagswesen	
Art des Beihilfeempfängers	KMU	
Gesamtbetrag der dem Unternehmen gewährten Ad-hoc-Beihilfe	1,00 EUR (in Mio.)	
Bei Garantien	—	
Beihilfeinstrumente (Artikel 5)	Zuschuss	
Verweis auf die Kommissionsentscheidung	—	
Bei Kofinanzierung aus Gemeinschaftsmitteln	—	
Ziele	Beihilfehöchstintensität in % oder Beihilfehöchstbetrag in der Landeswährung	KMU-Aufschläge in %
Spezifische Ausbildungsmaßnahmen (Art. 38 Abs. 1)	60 %	—

Weblink zum vollständigen Wortlaut der Beihilfemaßnahme:

<http://www.vlaanderen.be/media/Media/steun/geschrevenpers.htm>

Referenz-Nummer der staatlichen Beihilfe	X 590/09	
Mitgliedstaat	Spanien	
Referenznummer des Mitgliedstaats	En adaptación al RGE (800/08 de 6 de agosto)	

Name der Region (NUTS)	Comunidad Valenciana Mischgebiete	
Bewilligungsbehörde	Agencia Valenciana de Fomento y Garantía Agraria Amadeo de Saboya, 2 46010 Valencia ESPAÑA http://www.gva.es	
Name der Beihilfemaßnahme	Ayudas RURALTER-Leader	
Einzelstaatliche Rechtsgrundlage (Fundstelle der amtlichen Veröffentlichung im Mitgliedstaat)	Orden de 27 de junio de 2008, de la Conselleria de Agricultura, Pesca y Alimentación, por la que se aprueban las bases de las ayudas RURALTER-Leader, para el periodo 2008-2013 Orden de 15 de mayo de 2009, de la Conselleria de Agricultura, Pesca y Alimentación, por la que se modifica la Orden de 27 de junio de 2008, por la que se aprueban las bases de las ayudas RURALTER-Leader, para el periodo 2008-2013	
Art der Maßnahme	Regelung	
Änderung einer bestehenden Beihilfemaßnahme	Änderung XS 30/08	
Laufzeit	1.7.2008—31.12.2013	
Betroffene Wirtschaftszweige	Alle für Beihilfen in Frage kommenden Wirtschaftszweige	
Art des Beihilfeempfängers	KMU	
Gesamtes nach der Regelung vorgesehenes Jahresbudget	25,00 EUR (in Mio.)	
Bei Garantien	—	
Beihilfeinstrumente (Artikel 5)	Zuschuss	
Verweis auf die Kommissionsentscheidung	—	
Bei Kofinanzierung aus Gemeinschaftsmitteln	C(2008) 3841 — 17,89 EUR (en millones)	
Ziele	Beihilfehöchstintensität in % oder Beihilfehöchstbetrag in der Landeswährung	KMU-Aufschläge in %
Regionale Investitions- und Beschäftigungsbeihilfen (Artikel 13) Regelung	30 %	20 %
KMU-Beihilfen für die Inanspruchnahme von Beratungsdiensten (Artikel 26)	40 %	—

Weblink zum vollständigen Wortlaut der Beihilfemaßnahme:

http://www.docv.gva.es/portal/portal/2009/05/27/pdf/2009_5941.pdf

http://www.docv.gva.es/portal/portal/2008/07/02/pdf/2008_8127.pdf

Referenz-Nummer der staatlichen Beihilfe	X 602/09
Mitgliedstaat	Italien
Referenznummer des Mitgliedstaats	—
Name der Region (NUTS)	Liguria, La Spezia Nicht-Fördergebiete

Bewilligungsbehörde	Regione Liguria Via Fieschi 15 16121 Genova GE ITALIA http://www.regione.liguria.it	
Name der Beihilfemaßnahme	Investimenti nelle imprese di trasformazione e commercializzazione dei prodotti agricoli	
Einzelstaatliche Rechtsgrundlage (Fundstelle der amtlichen Veröffentlichung im Mitgliedstaat)	Legge regionale n. 8 del 9 aprile 2009 pubblicata sul BURL n. 6 del 15 aprile 2009	
Art der Maßnahme	Regelung	
Änderung einer bestehenden Beihilfemaßnahme	—	
Laufzeit	16.4.2009—31.12.2013	
Betroffene Wirtschaftszweige	Schlachten und Fleischverarbeitung, Obst- und Gemüseverarbeitung, Milchverarbeitung (ohne Herstellung von Speiseeis), Herstellung von Würzmitteln und Soßen, Herstellung von sonstigen Nahrungsmitteln a.n.g., Herstellung von Spirituosen, Herstellung von Traubenwein, Herstellung von Apfelwein und anderen Fruchtweinen, Herstellung von Wermutwein und sonstigen aromatisierten Weinen, Herstellung von Bier	
Art des Beihilfeempfängers	KMU	
Gesamtes nach der Regelung vorgesehenes Jahresbudget	0,10 EUR (in Mio.)	
Bei Garantien	—	
Beihilfeinstrumente (Artikel 5)	Zuschuss	
Verweis auf die Kommissionsentscheidung	—	
Bei Kofinanzierung aus Gemeinschaftsmitteln	—	
Ziele	Beihilfehöchstintensität in % oder Beihilfehöchstbetrag in der Landeswährung	KMU-Aufschläge in %
KMU-Investitions- und Beschäftigungsbeihilfen (Artikel 15)	40 %	—

Weblink zum vollständigen Wortlaut der Beihilfemaßnahme:

http://www.agriligurianet.it/Agrinet/DTS_GENERALE/20090507/LEGGE8.pdf

Referenz-Nummer der staatlichen Beihilfe	X 603/09
Mitgliedstaat	Belgien
Referenznummer des Mitgliedstaats	—
Name der Region (NUTS)	Vlaams Gewest Mischgebiete
Bewilligungsbehörde	Vlaamse Gemeenschap — departement Cultuur, Jeugd, Sport en Media — afdeling Beleid en Beheer Arenbergstraat 9 1000 Brussel BELGIË http://www.vlaanderen.be/media

Name der Beihilfemaßnahme	Subsidie aan de Vlaamse regionale televisieomroepen voor het wer- kingsjaar 2009	
Einzelstaatliche Rechtsgrundlage (Fundstelle der amtlichen Veröffentlichung im Mitglied- staat)	Decreet van 19 december 2008 houdende de algemene uitgavenbegro- ting van de Vlaamse Gemeenschap voor het begrotingsjaar 2009.	
Art der Maßnahme	Ad-hoc-Beihilfe — ATV, AVS, Focus, TV Oost, Ring TV, Rob TV, RTV, TV Brussel, TVL, WTV	
Änderung einer bestehenden Beihilfemaß- nahme	—	
Bewilligungszeitpunkt	29.5.2009	
Betroffene Wirtschaftszweige	Rundfunkveranstalter	
Art des Beihilfeempfängers	KMU	
Gesamtbetrag der dem Unternehmen gewähr- ten Ad-hoc-Beihilfe	0,10 EUR (in Mio.)	
Bei Garantien	—	
Beihilfeinstrumente (Artikel 5)	Zuschuss	
Verweis auf die Kommissionsentscheidung	—	
Bei Kofinanzierung aus Gemeinschaftsmitteln	—	
Ziele	Beihilfehöchstintensität in % oder Beihilfe- höchstbetrag in der Landeswährung	KMU-Aufschläge in %
Allgemeine Ausbildungsmaßnahmen (Art. 38 Abs. 2)	60 %	—

Weblink zum vollständigen Wortlaut der Beihilfemaßnahme:

<http://www.vlaanderen.be/media>

Auszug aus der Entscheidung in Sachen Bank of Credit and Commerce International gemäß der Richtlinie 2001/24/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Sanierung und Liquidation von Kreditinstituten

(2010/C 13/10)

Bank of Credit and Commerce International Holdings (Luxembourg) SA

Bank of Credit and Commerce International SA

Bank of Credit and Commerce International (Overseas) Ltd.

Credit and Finance Corporation Ltd.

International Credit and Investment Company (Overseas) Ltd.

INSOLVENZVERFAHREN BCCI

Ausschlusstermin für die Anmeldung von Forderungen

In den vorgenannten Insolvenzverfahren bei den zur BCCI/ICIC/CFC-Gruppe gehörenden Gesellschaften („BCCI-Insolvenzverfahren“) auf den Kaimaninseln sowie in Luxemburg, England und den Vereinigten Arabischen Emiraten (die allesamt die „Pooling-Vereinbarung“ über die koordinierte weltweite Abwicklung der BCCI-Gruppe vom 10. November 1994 unterzeichnet haben) sind förmliche Schritte zur Festlegung einer Ausschlussfrist für die Anmeldung von Forderungen eingeleitet worden.

Ausschlussfrist für die Anmeldung von Forderungen — 31. März 2010

Die Frist, bis zu der Gläubiger ihre Forderungen anmelden müssen, um noch Ausschüttungen aus den BCCI-Insolvenzverfahren erhalten zu können, ist offiziell auf den **31. März 2010** festgesetzt worden. Gläubiger, die ihre Forderung innerhalb dieser Frist nicht angemeldet haben, verwirken sämtliche Ansprüche auf bereits festgestellte und künftige Ausschüttungen. Gläubiger, die eine Forderung anmelden wollen, sollten sich unter Verwendung der am Ende dieser Bekanntmachung angegebenen Kontaktdaten schnellstmöglichst mit den Insolvenzverwaltern in Verbindung setzen. Sie werden daraufhin einen Forderungsnachweis erhalten, den sie zusammen mit allen Belegen für die betreffende Forderung zurückzusenden haben und der spätestens am **31. März 2010** bei den Insolvenzverwaltern eingegangen sein muss.

Forderungen, die direkt im Rahmen der BCCI-Insolvenzverfahren in Luxemburg oder den Vereinigten Arabischen Emiraten erhoben werden, müssen per Einschreiben angemeldet werden. Es wird empfohlen, Forderungen, die direkt im Rahmen der BCCI-Insolvenzverfahren auf den Kaimaninseln und in England erhoben werden, nach Möglichkeit ebenfalls per Einschreiben anzumelden, damit sich die Einhaltung der Frist nachprüfen lässt.

Angemeldete Forderungen

Gläubiger, deren Forderung zwar angemeldet, von den Insolvenzverwaltern offiziell aber bislang weder (ganz oder teilweise) anerkannt noch (ganz oder teilweise) zurückgewiesen worden ist, sollten sich unter Verwendung der am Ende dieser Bekanntmachung angegebenen Kontaktdaten schnellstmöglichst mit den Insolvenzverwaltern in Verbindung setzen. Betreffende Gläubiger im Insolvenzverfahren in Luxemburg müssen derartige Forderungen bei den Luxemburgischen Insolvenzverwaltern vor dem 31. März 2010 per Einschreiben neu anmelden; andernfalls verfällt das Recht auf die Anmeldung der betreffenden Forderung.

Gläubiger, die eine Forderung angemeldet haben und nach eigenem Dafürhalten nicht zur Gänze in den Genuss der 7 Ausschüttungen gekommen sind, auf die sie Anspruch haben (bei nicht bevorrechtigten Forderungen derzeit insgesamt 86,5 %), sollten sich unter Verwendung der am Ende dieser Bekanntmachung angegebenen Kontaktdaten schnellstmöglichst mit den Insolvenzverwaltern in Verbindung setzen.

Alle Gläubiger werden daran erinnert, dass sie je ein Forderungsnachweisformular pro Konto sowie je ein Formular für jede weitere Forderung einreichen müssen. Bei Missachtung dieser Vorgabe gilt eine Forderung als nicht angemeldet und kann von Ausschüttungen ausgeschlossen werden.

Einleger, die Zahlungen aus Einlegerentschädigungssystemen erhalten, haben nun möglicherweise Anspruch auf eine Ausschüttung aus einem BCCI-Insolvenzverfahren und sind aufgerufen, sich an die zuständigen Insolvenzverwalter zu wenden.

AUFWENDUNGEN/DIENSTLEISTUNGEN BEI BCCI-INSOLVENZVERFAHREN

Parteien, die im Rahmen der BCCI-Insolvenzverfahren Dienstleistungen erbracht oder aufgrund von Aufwendungen bislang noch nicht beglichene Zahlungsforderungen erwirkt haben, sollten sich unter Verwendung der am Ende dieser Bekanntmachung angegebenen Kontaktdaten umgehend mit den Insolvenzverwaltern in Verbindung setzen.

WEITERER VERLAUF DER INSOLVENZVERFAHREN

Die Insolvenzverwalter führen derzeit noch verschiedene Beitreibungsverfahren durch und werden das Insolvenzverfahren erst nach deren Abschluss aufheben.

Bank of Credit and Commerce International Holdings (Luxembourg) SA
Bank of Credit and Commerce International SA — Luxembourg

BCCI SA (In Liquidation)
2a, Kalchesbruck
1852 Luxembourg
LUXEMBOURG

Tel. +352 4364-641
Fax +352 4266-61

Bank of Credit and Commerce International SA — England/Isle of Man/Scotland

BCCI SA (In Liquidation)
Athene Place, 5th Floor
66 Shoe Lane
London
EC4A 3BQ
UNITED KINGDOM

Tel. +44 2070070800
Fax +44 2070070799
Email: ukbcc@deloitte.co.uk

Bank of Credit and Commerce International SA — United Arab Emirates

Liquidation Administration of UAE Branches of BCCI (SA) Luxembourg
PO Box 2255
Abu Dhabi
UNITED ARAB EMIRATES (UAE)

Tel. +971 26663204 / 26650600
Fax +971 26658254

Bank of Credit and Commerce International (Overseas) Ltd.
Credit and Finance Corporation Ltd.
International Credit and Investment Company (Overseas) Ltd.

BCCI (Overseas) Ltd (In Liquidation)
PO Box 1359
Grand Cayman, Cayman Islands
KY1-1108
CAYMAN ISLANDS

Tel. +1345 9494722
Fax +1345 9498258

Mitteilung an die Marktteilnehmer für die öffentliche Intervention im Hartweizen- und im Reissektor

(Artikel 23 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 670/2009 der Kommission ⁽¹⁾ und Artikel 1 der Verordnung (EG) Nr. 1173/2009 der Kommission ⁽²⁾)

(2010/C 13/11)

Liste der Interventionsstellen, Interventionsorte und Lagerräume der Mitgliedstaaten

BELGIEN

Interventionsstelle	Bureau d'intervention et de restitution belge (BIRB) Rue de Trèves 82 1040 Bruxelles BELGIQUE Tel. +32 22872410 Fax +32 22302533 Website: http://www.birb.be
---------------------	---

INTERVENTIONSORT

Lagerräume	Getreide- oder Reisart	Lagerungskapazität (in Tonnen)	Auslagerungskapazität (in Tonnen/Tag)	Art der Verbindung
------------	------------------------	--------------------------------	---------------------------------------	--------------------

Entfällt

BULGARIEN

Interventionsstelle	Държавен фонд „Земеделие“ бул. „Цар Борис III“ № 136 1618 София/Sofia БЪЛГАРИЯ/BULGARIA Tel. +359 28187202 Fax +359 28187267 Website: http://www.dfv.bg
---------------------	---

INTERVENTIONSORT

Lagerräume	Getreide- oder Reisart	Lagerungskapazität (in Tonnen)	Auslagerungskapazität (in Tonnen/Tag)	Art der Verbindung
------------	------------------------	--------------------------------	---------------------------------------	--------------------

Plovdiv

Georgi Benev str 16 4003 Plovdiv BULGARIA	Reis	15 300	575	Straße und Bahn
---	------	--------	-----	-----------------

TSCHECHISCHE REPUBLIK

Interventionsstelle	Statní zemědělský intervenční fond (SZIF) Ve Smečkách 33 110 00 Praha 1 ČESKÁ REPUBLIKA Tel. +420 222871465 / 222871667 Fax +420 222871831 Website: http://www.szif.cz
---------------------	---

INTERVENTIONSORT

Lagerräume	Getreide- oder Reisart	Lagerungskapazität (in Tonnen)	Auslagerungskapazität (in Tonnen/Tag)	Art der Verbindung
------------	------------------------	--------------------------------	---------------------------------------	--------------------

Entfällt

⁽¹⁾ ABl. L 194 vom 25.7.2009, S. 22.

⁽²⁾ ABl. L 314 vom 1.12.2009, S. 48.

DÄNEMARK

Interventionsstelle	FødevareErhverv Nyropsgade 30 1780 København K DANMARK Tel. +45 33958701 Fax +45 33958017 Website: http://www.ferv.dk
---------------------	--

INTERVENTIONSORT

Lagerräume	Getreide- oder Reisart	Lagerungskapazität (in Tonnen)	Auslagerungskapazität (in Tonnen/Tag)	Art der Verbindung
------------	------------------------	--------------------------------	---------------------------------------	--------------------

Entfällt

DEUTSCHLAND

Interventionsstelle	Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) Deichmanns Aue 29 53179 Bonn DEUTSCHLAND Tel. +49 228996845-3656 Fax +49 2286545-3962 Website: http://www.ble.de
---------------------	---

INTERVENTIONSORT

Lagerräume	Getreide- oder Reisart	Lagerungskapazität (in Tonnen)	Auslagerungskapazität (in Tonnen/Tag)	Art der Verbindung
------------	------------------------	--------------------------------	---------------------------------------	--------------------

Entfällt

ESTLAND

Interventionsstelle	Põllumajanduse Registrite ja Informatsiooni Amet Narva mnt. 3 51009 Tartu EESTI/ESTONIA Tel. +372 7371200 Fax +372 7371201 Website: http://www.pria.ee
---------------------	---

INTERVENTIONSORT

Lagerräume	Getreide- oder Reisart	Lagerungskapazität (in Tonnen)	Auslagerungskapazität (in Tonnen/Tag)	Art der Verbindung
------------	------------------------	--------------------------------	---------------------------------------	--------------------

Entfällt

GRIECHENLAND

Interventionsstelle	Οργανισμός Πληρωμών και Ελέγχου Κοινοτικών Ενισχύσεων Προσανατολισμού και Εγγυήσεων (Ο.Π.Ε.Κ.Ε.Π.Ε.) Αχαρνών 241 104 46 Αθήνα/Athens ΕΛΛΑΔΑ/GREECE Tel. +30 2102124787 / 2102124754 Fax +30 2102124791 Website: http://www.opekepe.gr
---------------------	---

INTERVENTIONSORT

Lagerräume	Getreide- oder Reisart	Lagerungskapazität (in Tonnen)	Auslagerungskapazität (in Tonnen/Tag)	Art der Verbindung
Θράκη				
Αλεξανδρούπολη Ν. Έβρου Τ.Κ.68100 ΕΛΛΑΔΑ/GREECE	Hartweizen	49 000	> 1 000	Fluss und Bahn
Διδυμότειχο Εθνική Οδός Αλεξανδρού- πολης—Ορεστιάδας Τ.Κ.68300 ΕΛΛΑΔΑ/GREECE	Hartweizen	1 000	> 1 000	Straße und Bahn
Ορεστιάδα 119° χιλ. Ε.Ο. Αλεξανδρού- πολης—Ορεστιάδας Τ.Κ.68200 ΕΛΛΑΔΑ/GREECE	Hartweizen	24 500	> 1 000	Straße und Bahn
Κομοτηνή 60° χιλ. Εθνικής Οδού Αλεξανδρούπολης—Κομοτηνής Τ.Κ.69100 ΕΛΛΑΔΑ/GREECE	Hartweizen	15 000	> 1 000	Straße und Bahn
Ανατολική Μακεδονία				
Δράμα 20° χιλ. Εθνικής Οδού Δράμας—Ξάνθης Τ.Κ.66100 ΕΛΛΑΔΑ/GREECE	Hartweizen	3 000	> 1 000	Straße und Bahn
Σέρρες 5° χιλ. Εθνικής Οδού Σερρών—Δράμας Τ.Κ.62100 ΕΛΛΑΔΑ/GREECE	Hartweizen	37 649	> 1 000	Straße und Bahn
Νιγρίτα 7° χιλ. Εθνικής Οδού Σερρών—Νιγρίτας Τ.Κ.62200 ΕΛΛΑΔΑ/GREECE	Hartweizen	1 600	> 1 000	Straße
Κεντρική Μακεδονία				
Θεσσαλονίκη 10° χιλ. Εθνικής Οδού Θεσσα- λονίκης-Γιαντισών Τ.Κ.54500 ΕΛΛΑΔΑ/GREECE	Hartweizen	13 000	> 1 000	Straße, Bahn und Fluss
Σίνδος 5° χιλ. Εθνικής Οδού Θεσσαλο- νίκης—Σίνδου Τ.Κ.57400 ΕΛΛΑΔΑ/GREECE	Hartweizen	3 520	> 1 000	Straße und Bahn
Βασιλικά Περιοχή Θεσσαλονίκης Τ.Κ.57006 ΕΛΛΑΔΑ/GREECE	Hartweizen	1 100	> 1 000	Straße
Λαγκαδάς Περιοχή Θεσσαλονίκης Τ.Κ.57200 ΕΛΛΑΔΑ/GREECE	Hartweizen	4 300	> 1 000	Straße

Πολύγυρος Περιοχή Χαλκιδικής Τ.Κ.57200 ΕΛΛΑΔΑ/GREECE	Hartweizen	7 298	> 1 000	Straße
Γαλάτιστα Περιοχή Χαλκιδικής Τ.Κ.63100 ΕΛΛΑΔΑ/GREECE	Hartweizen	2 100	> 1 000	Straße
Γιαννιτσά 52° χιλ. Εθνικής Οδού Έδεσσας—Θεσσαλονίκης Τ.Κ.63073 ΕΛΛΑΔΑ/GREECE	Hartweizen	25 480	> 1 000	Straße
Αξιούπολη Περιοχή Κιλκίς Τ.Κ.61400 ΕΛΛΑΔΑ/GREECE	Hartweizen	1 000	> 1 000	Straße und Bahn
Κατερίνη 100° χιλ. Εθνικής Οδού Θεσσα- λονίκης-Αθηνών Τ.Κ.60100 ΕΛΛΑΔΑ/GREECE	Hartweizen	20 000	> 1 000	Straße und Bahn
Κεντρική Ελλάδα				
Αλμυρός Περιοχή Βόλου Τ.Κ.37100 ΕΛΛΑΔΑ/GREECE	Hartweizen	1 601	> 1 000	Straße
Βόλος Νομός Μαγνησίας Τ.Κ.38500 ΕΛΛΑΔΑ/GREECE	Hartweizen	61 600	> 1 000	Straße und Bahn
	Reis	83 000	> 500	Straße, Bahn und Fluss
Στεφανοβίκι Περιοχή Βόλου Τ.Κ.37500 ΕΛΛΑΔΑ/GREECE	Hartweizen	40 000	> 1 000	Straße
Καλαμπάκα 22° χιλ. Εθνικής Οδού Τρικάλων—Ιωαννίνων Τ.Κ.42200 ΕΛΛΑΔΑ/GREECE	Hartweizen	2 900	> 1 000	Straße und Bahn
Καρδίτσα 90° χιλ. Εθνικής Οδού Λαμίας—Τρικάλων Τ.Κ.43100 ΕΛΛΑΔΑ/GREECE	Hartweizen	9 701	> 1 000	Straße
Λάρισα 360° χιλ. Εθνικής Οδού Αθ- ηνών — Θεσσαλονίκης Τ.Κ.41500 ΕΛΛΑΔΑ/GREECE	Hartweizen	36 700	> 1 000	Straße und Bahn
Κοιλάδα Περιοχή Λάρισας Τ.Κ.41500 ΕΛΛΑΔΑ/GREECE	Hartweizen	6 700	> 1 000	Straße
Ζάππειο Περιοχή Λάρισας Τ.Κ.41500 ΕΛΛΑΔΑ/GREECE	Hartweizen	4 400	> 1 000	Straße
Νίκαια Περιοχή Λάρισας Τ.Κ.41500 ΕΛΛΑΔΑ/GREECE	Hartweizen	6 200	> 1 000	Straße

Χάλκη Περιοχή Λάρισας T.K.41500 ΕΛΛΑΔΑ/GREECE	Hartweizen	9 800	> 1 000	Straße
Φάρσαλα 70 ^ο χιλ. Εθνικής Οδού Λαμίας—Λάρισας T.K.41500 ΕΛΛΑΔΑ/GREECE	Hartweizen	7 500	> 1 000	Straße
Λαμία 210 ^ο χιλ. Εθνικής Οδού Αθ- ηνas—Θεσσαλονίκης T.K.35100 ΕΛΛΑΔΑ/GREECE	Reis	14 000	> 500	Straße und Bahn
Ελασσόνα 35 ^ο χιλ. Εθνικής Οδού Λά- ρισας—Κοζάνης T.K.40200 ΕΛΛΑΔΑ/GREECE	Reis	8 560	> 500	Straße

Στερεά Ελλάδα

Αταλάντη Περιοχή Λαμίας T.K.35200 ΕΛΛΑΔΑ/GREECE	Hartweizen	2 500	> 1 000	Straße
Λιβανάτες Περιοχή Λαμίας T.K.35007 ΕΛΛΑΔΑ/GREECE	Hartweizen	20 000	> 1 000	Straße
Λαμία 215 ^ο χιλ. Εθνικής Οδού Αθ- ηνas—Θεσσαλονίκης T.K.35100 ΕΛΛΑΔΑ/GREECE	Hartweizen	12 722	> 1 000	Straße
Θήβα 80 ^ο χιλ. Εθνικής Οδού Αθ- ηνas—Θεσσαλονίκης T.K.32200 ΕΛΛΑΔΑ/GREECE	Hartweizen	7 500	> 1 000	Straße und Bahn
Λειβαδιά 123 ^ο χιλ. Εθνικής Οδού Αθ- ηνas—Θεσσαλονίκης T.K.32100 ΕΛΛΑΔΑ/GREECE	Hartweizen	2 000	> 1 000	Straße und Bahn

Μακεδονία

Θεσσαλονίκη 12 ^ο χιλ. Εθνικής Οδού Θεσσα- λονίκης-Γιαντισών T.K.54500 ΕΛΛΑΔΑ/GREECE	Reis	57 250	> 500	Straße, Bahn und Fluss
Γιαννιτσά 42 ^ο χιλ. Εθνικής Οδού Έδεσσας—Θεσσαλονίκης T.K.63073 ΕΛΛΑΔΑ/GREECE	Reis	18 240	> 500	Straße

SPANIEN

Interventionsstelle	FEGA C/ Almagro, 33 28010 Madrid ESPAÑA Tel. +34 913474600 Fax +34 913104618 Website: http://www.fega.es
---------------------	---

INTERVENTIONSORT

Lagerräume	Getreide- oder Reisart	Lagerungskapazität (in Tonnen)	Auslagerungskapazität (in Tonnen/Tag)	Art der Verbindung
------------	------------------------	--------------------------------	---------------------------------------	--------------------

Cádiz

El Cuervo Carretera A-4 Km., 619 s/n 11400 Estación El Cuervo ESPAÑA	Hartweizen und Reis	43 250	> 1 000	Straße und Bahn
---	---------------------	--------	---------	-----------------

Córdoba

El Carpio Cr N-IV Madrid-Cádiz 14620 El Carpio ESPAÑA	Hartweizen und Reis	20 000	> 1 000	Straße und Bahn
Santa Cruz Carretera 432, Córdoba-Granada, Km 296 14820 Santa Cruz ESPAÑA	Hartweizen	7 500	> 1 000	Straße und Bahn
Valchillón Carretera A-3051, s/n 14711 Valchillón ESPAÑA	Hartweizen und Reis	20 000	> 1 000	Straße und Bahn

Sevilla

Las Cabezas de San Juan Carretera De La Estación, s/n Km 4 41730 Las Cabezas De San Juan ESPAÑA	Hartweizen und Reis	30 000	> 1 000	Straße
Marchena Carretera De Marchena A Carmona, s/n 41620 Marchena ESPAÑA	Hartweizen und Reis	40 000	> 1 000	Straße und Bahn
Utrera Carretera Utrera-Los Palacios, 83 O C/ Silo, s/n 41710 Utrera ESPAÑA	Hartweizen und Reis	15 000	> 1 000	Straße und Bahn

Huesca

Grañén Ronda De Aragón, 32 22260 Grañén ESPAÑA	Hartweizen	4 700	> 1 000	Straße
---	------------	-------	---------	--------

Huesca Ronda De La Estació, 44 22005 Huesca ESPAÑA	Hartweizen	5 200	> 1 000	Straße
Plasencia del Monte Polígono 2 Parcela 70 22810 Plasencia Del Monte ESPAÑA	Hartweizen	7 150	> 1 000	Straße
Tardienta Carretera De Torralba, 39 (D) 22240 Tardienta ESPAÑA	Hartweizen	4 700	> 1 000	Straße
Barbastro Camino De Silo (Ca.Salas, 2) 22300 Barbastro ESPAÑA	Hartweizen	7 050	> 1 000	Straße
Binéfar C/ Zaragoza, 35 22040 Binéfar ESPAÑA	Hartweizen	4 700	> 1 000	Straße
Monzón C/ Huesca, 82 22070 Monzón ESPAÑA	Hartweizen	7 500	> 1 000	Straße
Selgua Barrio De La Estación, 16 22415 Monzón/Selgua ESPAÑA	Hartweizen	6 400	> 1 000	Straße
Tamarite de Litera Barrio Estación Del Ferrocarril, 6 22550 Tamarite Altorricón ESPAÑA	Hartweizen	4 700	> 1 000	Straße

Teruel

Monreal del Campo C/ Teruel, 63 44300 Monreal Del Campo ESPAÑA	Hartweizen	4 650	> 1 000	Straße
Santa Eulalia Polígono 501, Parcela 468 44360 Santa Eulalia ESPAÑA	Hartweizen	6 500	> 1 000	Straße
Ferreruela de Huerva Km. 29,521/30, De La Línea De Caminreal A Zaragoza 44490 Ferreruela De Huerva ESPAÑA	Hartweizen	3 350	> 1 000	Straße
Alcañiz Carretera De Zaragoza, N-232, 66 44600 Alcañiz ESPAÑA	Hartweizen	2 750	> 1 000	Straße
La Puebla de Híjar Carretera De Jatiel, 10 44510 La Puebla De Híjar ESPAÑA	Hartweizen	6 400	> 1 000	Straße

Zaragoza

Biota Carretera De La Estación, s/n (Barrio La Magdalena) 50695 Biota ESPAÑA	Hartweizen	3 300	> 1 000	Straße
Ejea de los Caballeros Carretera Gallur Sangüesa, s/n 50600 Ejea De Los Caballeros O ESPAÑA C/ Joaquín Costa, 24 50600 Ejea De Los Caballeros ESPAÑA	Hartweizen	7 500	> 1 000	Straße
Luna Carretera De Zuera, 2 50610 Luna ESPAÑA	Hartweizen	4 700	> 1 000	Straße
Gallur C/ Virgen Del Pilar, s/n 50650 Gallur ESPAÑA	Hartweizen	3 250	> 1 000	Straße
Mallen Avenida De Navarra, 2 50550 Mallen ESPAÑA	Hartweizen	4 100	> 1 000	Straße
Calatayud Carretera De Valencia, 8 50300 Calatayud ESPAÑA	Hartweizen	2 750	> 1 000	Straße
Cariñena C/ Cruz, 29 50400 Cariñena ESPAÑA	Hartweizen und Reis	15 000	> 1 000	Straße und Bahn
Épila C/ Cortes De Aragón, 37 50290 Epila ESPAÑA	Hartweizen	2 750	> 1 000	Straße
Muel Antigua Carretera De Valencia Km 28 50450 Muel ESPAÑA	Hartweizen	3 850	> 1 000	Straße
Belchite Avda. De Jose Antonio, 1 50430 Belchite ESPAÑA	Hartweizen	3 850	> 1 000	Straße
Casetas Camino De Utebo, s/n 50620 Caseta ESPAÑA	Hartweizen	5 300	> 1 000	Straße
Quinto de Ebro Carretera De Zaragoza Castellón, N-232, Km. 198 50770 Quinto De Ebro ESPAÑA	Hartweizen	2 400	> 1 000	Straße
Zaragoza C/ Riego, 9 (Barrio De Santa Isabel) 50016 Zaragoza O ESPAÑA Carretera De Castejón, 52 50013 Zaragoza ESPAÑA	Hartweizen	2 000	> 1 000	Straße und Bahn

Zuera C/ Valle De Ordesa, 31 50800 Zuera ESPAÑA	Hartweizen und Reis	20 000	> 1 000	Straße und Bahn
Daroca Carretera, N-234 Burgos Sagunto, 10 50360 Daroca ESPAÑA	Hartweizen	3 700	> 1 000	Straße
Caspe Carretera De Maella, 59 50700 Caspe ESPAÑA	Hartweizen	2 850	> 1 000	Straße
La Almolida Carretera De La Almolida A Cas- tejón 50178 La Almolida ESPAÑA	Hartweizen	2 850	> 1 000	Straße

Burgos

Miranda de Ebro C/ California, 16 09200 Miranda De Ebro ESPAÑA	Hartweizen	7 500	> 1 000	Straße
Pancorbo C/ Polígono Cantarranas, 4 09280 Pancorbo ESPAÑA	Hartweizen	30 000	> 1 000	Straße und Bahn
Roa de Duero Carretera De Fuentecen, s/n 09300 Roa De Duero ESPAÑA	Hartweizen	6 600	> 1 000	Straße
San Martín De Rubiales Carretera Fuentelisendo, s/n (Pa- raje Holanderos) 09317 San Martín De Rubiales ESPAÑA	Hartweizen	4 700	> 1 000	Straße
Lerma Polígono 1, Parcela, 871 (La Blanca) 09340 Lerma ESPAÑA	Hartweizen	9 100	> 1 000	Straße
Castrojeriz Carretera De Melgar Fernamental- Pampuega, 16 09110 Castrojeriz ESPAÑA	Hartweizen	3 250	> 1 000	Straße
Villaquirán de los Infantes C/ Del Silo, 3 09226 Villaquirán De Los Infan- tes ESPAÑA	Hartweizen	4 000	> 1 000	Straße

Palencia

Venta de Baños C/ Casado Del Alisal, 14 34200 Venta De Baños ESPAÑA	Hartweizen	2 600	> 1 000	Straße
Carrión de los Condes Avenida Peregrinos, 34 34120 Carrión De Los Condes ESPAÑA	Hartweizen	1 030	> 1 000	Straße

Frómista C/ Calvario, 16 34440 Frómista ESPAÑA	Hartweizen	4 500	> 1 000	Straße
Osorno Carretera A Santander, 19 34460 Osorno ESPAÑA	Hartweizen	5 550	> 1 000	Straße
Paredes de Nava Carretera De Fuentes (Barrio San Sebastián) 34300 Paredes De Nava ESPAÑA	Hartweizen	10 000	> 1 000	Straße
Salamanca				
Gomecello Carretera De Cabezabellosa, 3 37420 Gomecello ESPAÑA	Hartweizen	4 900	> 1 000	Straße
Cantalapiedra C/ Cardillares, 16 37400 Cantalapiedra ESPAÑA	Hartweizen	4 900	> 1 000	Straße
Peñaranda de Bracamonte C/ Alba, 17 37300 Peñaranda De Bracamonte ESPAÑA	Hartweizen	18 500	> 1 000	Straße und Bahn
Soria				
Osma la Rasa Finca La Rasa (Burgo De Osma-Ciudad De Osma) 42300 Osma La Rasa ESPAÑA	Hartweizen	20 000	> 1 000	Straße und Bahn
Aliud Carretera De Aliud a Almenar, s/n 42132 Aliud ESPAÑA	Hartweizen	30 000	> 1 000	Straße und Bahn
Soria Cm. Monte De Las Ánimas, 2 42002 Soria ESPAÑA	Hartweizen	3 350	> 1 000	Straße
Almazán Avenida De La Estación, 1 42200 Almazán ESPAÑA	Hartweizen	9 870	> 1 000	Straße
Coscurita Polígono 5, Parcela, 38 (Paraje La Yesera) 42216 Coscurita ESPAÑA	Hartweizen	15 000	> 1 000	Straße und Bahn
Valladolid				
Medina de Rioseco Carretera Adanero-León P.K., 234 47800 Medina De Rioseco ESPAÑA	Hartweizen	12 000	> 1 000	Straße und Bahn
Villalón Cr. De Palencia, 20 47600 Villalón De Campos ESPAÑA	Hartweizen	4 900	> 1 000	Straße

Corcos-Aguilarejo Parcela 5173, Polígono, 6 47282 Trigueros Del Valle (Corcos) ESPAÑA	Hartweizen	3 350	> 1 000	Straße
Simancas C/ Carretera, 25 47130 Simancas ESPAÑA	Hartweizen	3 250	> 1 000	Straße
Peñañiel Carretera De Pesquera, 34 47300 Peñañiel ESPAÑA	Hartweizen	5 100	> 1 000	Straße
Medina del Campo Camino Barreros, 2 47400 Medina Del Campo ESPAÑA	Hartweizen	26 700	> 1 000	Straße
Zamora				
Barcial del Barco Carretera De Zamora, s/n (Carretera N-Vi, s/n) 49760 Barcial Del Barco ESPAÑA	Hartweizen	15 000	> 1 000	Straße und Bahn
Benavente Eras Del Salado, 7020 49600 Benavente ESPAÑA	Hartweizen	4 700	> 1 000	Straße
Toro Carretera De La Estación, 36 49800 Toro ESPAÑA	Hartweizen	19 000	> 1 000	Straße und Bahn
Albacete				
Minaya Macrosilo De Minaya, Estación De Renfe 02620 Minaya ESPAÑA	Hartweizen und Reis	25 000	> 1 000	Straße und Bahn
Ciudad Real				
Cinco Casas Macrosilo De Cinco Casas 13720 Cinco Casas ESPAÑA	Hartweizen und Reis	20 000	> 1 000	Straße und Bahn
Cuenca				
Tarancón Ctra. Madrid-Valencia Km 82,500 16400 Tarancón ESPAÑA	Hartweizen und Reis	21 000	> 1 000	Straße und Bahn
Guadalajara				
Guadalajara C/ Cristóbal Colón, s/n (Parcela, 302) Polígono Industrial «El Henares» 19004 Guadalajara ESPAÑA	Hartweizen	20 000	> 1 000	Straße und Bahn
Lérida				
Bellpuig Travessia De Via, s/n 25250 Bellpuig ESPAÑA	Reis	12 000	> 500	Straße und Bahn

Badajoz

Mérida C/ Laborde, 8 06800 Mérida ESPAÑA	Hartweizen und Reis	10 500	> 1 000	Straße und Bahn
Montijo Avenida De La Estación, 23-27 06480 Montijo ESPAÑA	Hartweizen und Reis	20 350	> 1 000	Straße und Bahn
Don Benito Avenida De Badajoz, 13 06400 Don Benito ESPAÑA	Hartweizen	12 600	> 1 000	Straße
Badajoz Polígono Industrial El Nevero 06007 Badajoz ESPAÑA	Hartweizen	10 500	> 1 000	Straße
Villafranca de los Barros Carretera Fuente Del Maestre, 2 06220 Villafranca de los Barros ESPAÑA	Hartweizen	6 200	> 1 000	Straße
Llerena C/ Miguel Sánchez 06900 Llerena ESPAÑA	Hartweizen	4 920	> 1 000	Straße
Azuaga Avenida De La Estación, 136 06920 Azuaga ESPAÑA	Hartweizen	6 200	> 1 000	Straße

Cáceres

Cáceres Avenida De La Constitución, s/n 10002 Cáceres ESPAÑA	Hartweizen	7 500	> 1 000	Straße
Trujillo Avenida De Extremadura, 10 10200 Trujillo ESPAÑA	Hartweizen und Reis	19 150	> 1 000	Straße und Bahn
Campo Lugar Polígono 7, Parcela, 108 10262 Campo Lugar ESPAÑA	Hartweizen und Reis	5 000	> 1 000	Straße

Navarra

Pamplona Barrio De Echavacoiz, s/n 31009 Pamplona ESPAÑA	Hartweizen	7 500	> 1 000	Straße
Tafalla Calle San José, s/n 31300 Tafalla ESPAÑA	Hartweizen und Reis	15 000	> 1 000	Straße und Bahn
Caparroso Barrio De La Estación Ff. Cc. Ctra General Pamplona-Zaragoza 31381 Caparroso ESPAÑA	Hartweizen	3 800	> 1 000	Straße

Lerín Ctra Berbinzana, s/n 31260 Lerín ESPAÑA	Hartweizen	4 800	> 1 000	Straße
--	------------	-------	---------	--------

FRANKREICH

Interventionsstelle	FranceAgriMer 12 rue Rol-Tanguy — TSA 20002 93555 Montreuil sous bois Cedex FRANCE Direction générale — Mission intervention Tel. +33 173302370 Fax +33 173303049 E-mail: offres.intervention@franceagrimer.fr Website: http://www.franceagrimer.fr
---------------------	---

INTERVENTIONSORT

Lagerräume	Getreide- oder Reisart	Lagerungskapazität (in Tonnen)	Auslagerungskapazität (in Tonnen/Tag)	Art der Verbindung
------------	------------------------	--------------------------------	---------------------------------------	--------------------

Le Pouzin

Coopérative dromoise de céréales ZI les martyrs 07250 le Pouzin FRANCE	Hartweizen	47 000	2 000	Bahn und Fluss
---	------------	--------	-------	----------------

Castelnaudary

SCA Arterris Loudes 11451 Castelnaudary FRANCE	Hartweizen	121 200	> 1 000	Bahn und Fluss
---	------------	---------	---------	----------------

Angoulême

Zone industrielle 3 Gond Pontouvre 16025 Angoulême FRANCE	Hartweizen	32 250	> 1 000	Bahn
--	------------	--------	---------	------

Moulins sur Yèvre

Epis Centre route de savigny 18390 Moulins sur Yèvre FRANCE	Hartweizen	247 000	1 300	Bahn
--	------------	---------	-------	------

Orgère en Beauce

Lecureur SA 10 rue de la gare 28140 Orgère en beauce FRANCE	Hartweizen	73 870	1 300	Bahn
--	------------	--------	-------	------

Saint-Sauveur

Interface céréales 3 rue de la gare 28170 Saint Sauveur FRANCE	Hartweizen	38 960	1 300	Bahn
---	------------	--------	-------	------

Toury

CABEP Boissay 28390 Toury FRANCE	Hartweizen	30 000	> 1 000	Straße
---	------------	--------	---------	--------

Voves

SCAEL Rue pasteur 28150 Voves FRANCE	Hartweizen	100 000	1 300	Bahn
---	------------	---------	-------	------

Fourques

SCA Sud céréales Mas des saules 30300 Fourques FRANCE	Hartweizen und Reis	72 000	> 1 000	Bahn und Fluss
--	------------------------	--------	---------	----------------

Aigues-Mortes

Comptoir agricole du Langue- doc Silo des Tourelles 30220 Aigues-Mortes FRANCE	Hartweizen und Reis	39 000	> 1 000	Straße
--	------------------------	--------	---------	--------

Baziège

SCA Arterris Lastours 31450 Baziège FRANCE	Hartweizen	88 500	> 1 000	Bahn
---	------------	--------	---------	------

Lespinnasse

USSO Route de paris 31550 Lespinnasse FRANCE	Hartweizen	64 000	> 1 000	Bahn
---	------------	--------	---------	------

Sainte Christie

SCA Terres de gascogne Casteljaloux 32390 Sainte Christie FRANCE	Hartweizen	100 000	> 1 000	Bahn
---	------------	---------	---------	------

L'Isle Jourdain

SCA Cascap Juncquas 32600 L'Isle Jourdain FRANCE	Hartweizen	30 300	> 1 000	Straße
---	------------	--------	---------	--------

Sète

SAS Silo de la Méditerranée Zone Portuaire Mole Masselin 34200 Sète FRANCE	Hartweizen	21 000	> 1 000	Bahn und Fluss
---	------------	--------	---------	----------------

Issoudun

SICA Indre et Cher Chauffour 36100 Issoudun FRANCE	Hartweizen	92 300	1 300	Bahn
---	------------	--------	-------	------

La Ville aux Dames

Magasins ruraux de l'Ouest rue Champmeslé 37700 La Ville aux dames FRANCE	Hartweizen	40 600	1 300	Bahn
--	------------	--------	-------	------

Mer

LIGEA rue mardeau 41500 Mer FRANCE	Hartweizen	36 930	1 300	Bahn
---	------------	--------	-------	------

Artenay

Union SDA route de Paris 45400 Artenay FRANCE	Hartweizen	102 000	1 300	Bahn
--	------------	---------	-------	------

La Crèche

GIE OCERAIL centre routier rue Norman Borlaug 79260 La Crèche FRANCE	Hartweizen	50 100	> 1 000	Bahn
---	------------	--------	---------	------

Lavaur

SCA Arterris ZI des Coquillous 81500 Lavaur FRANCE	Hartweizen	45 900	> 1 000	Bahn
---	------------	--------	---------	------

Beaumont-de-Lomagne

SCA Qualisol route d'Auch 82500 Beaumont de Lomagne FRANCE	Hartweizen	40 230	> 1 000	Bahn
---	------------	--------	---------	------

Fontenay-de-Comte

CAVAC ZI de Fontenay 85000 Fontenay le comte FRANCE	Hartweizen	46 940	> 1 000	Straße
--	------------	--------	---------	--------

Arles

Silo de Tourtoulenc Route salins de Giraud 13200 Arles FRANCE	Reis	20 000	1 000	Straße
Mas Julian 13200 Arles FRANCE	Reis	25 000	> 500	Straße
Silo de Camargue Route des Saintes Maries de la mer 13200 Arles FRANCE	Reis	38 000	> 500	Straße

IRELAND

Interventionsstelle	Intervention Operations, OFI, Subsidies & Storage Division Department of Agriculture & Food Johnstown Castle Estate, County Wexford ÉIRE Tel. +353 539165563 Fax +353 539142843 Website: http://agriculture.gov.ie
---------------------	--

INTERVENTIONSORT

Lagerräume	Getreide- oder Reisart	Lagerungskapazität (in Tonnen)	Auslagerungskapazität (in Tonnen/Tag)	Art der Verbindung
------------	------------------------	--------------------------------	---------------------------------------	--------------------

Entfällt

ITALIEN

Interventionsstelle	<i>Hartweizen:</i> AGEA Via Palestro 81 00185 Roma RM ITALIA Tel. +39 06494991 Fax +39 0649499761 <i>Reis:</i> Ente nazionale Risi Piazza Pio XI 1 20123 Milano MI ITALIA Tel. +39 028855111 Fax +39 02865503
---------------------	---

INTERVENTIONSORT

Lagerräume	Getreide- oder Reisart	Lagerungskapazität (in Tonnen)	Auslagerungskapazität (in Tonnen/Tag)	Art der Verbindung
Piemonte				
Ente nazionale Risi Strada Statale Biella- Vercelli 32 13030 Formigliana VC ITALIA	Reis	16 500	600	Autobahn
Grandi magazzini Piemontesi S.r.l Via Girivotto 59/61 12035 Racconigi CN ITALIA	Reis	35 000	600	Autobahn and Bahn
Monfer S.p.a Via Centallo 137 12045 Fossano CN ITALIA	Reis	13 000	600	Autobahn and Bahn
Monfer S.p.A Via Cavaglia 42 10020 Cambiano TO ITALIA	Reis	8 800	600	Autobahn and Bahn

ZYPERN

Interventionsstelle	
---------------------	--

INTERVENTIONSORT

Lagerräume	Getreide- oder Reisart	Lagerungskapazität (in Tonnen)	Auslagerungskapazität (in Tonnen/Tag)	Art der Verbindung
------------	------------------------	--------------------------------	---------------------------------------	--------------------

Entfällt

LETTLAND

Interventionsstelle	Lauku atbalsta dienests Republikas laukums 2 Rīga, LV-1981 LATVIJA Tel. +371 67027542 Fax +371 67027120 Website: http://www.lad.gov.lv
---------------------	--

INTERVENTIONSORT

Lagerräume	Getreide- oder Reisart	Lagerungskapazität (in Tonnen)	Auslagerungskapazität (in Tonnen/Tag)	Art der Verbindung
------------	------------------------	--------------------------------	---------------------------------------	--------------------

Entfällt

LITAUEN

Interventionsstelle	Lietuvos žemės ūkio ir maisto produktų rinkos reguliavimo agentūra L. Stuokos-Guceviciaus Str. 9–12 LT-01141 Vilnius LIETUVA/LITHUANIA Tel. +370 52685049 Fax +370 52685061 Website: http://www.litfood.lt			
---------------------	--	--	--	--

INTERVENTIONSORT

Lagerräume	Getreide- oder Reisart	Lagerungskapazität (in Tonnen)	Auslagerungskapazität (in Tonnen/Tag)	Art der Verbindung
------------	------------------------	--------------------------------	---------------------------------------	--------------------

Entfällt

LUXEMBURG

Interventionsstelle	Service d'economie rurale Division des statistiques agricoles, des marchés, agricoles et des relations extérieures 115, rue de Hollerich 1741 Luxembourg LUXEMBOURG Tel. +352 24782585 Fax +352 491619 Website: http://www.ser.public.lu			
---------------------	--	--	--	--

INTERVENTIONSORT

Lagerräume	Getreide- oder Reisart	Lagerungskapazität (in Tonnen)	Auslagerungskapazität (in Tonnen/Tag)	Art der Verbindung
------------	------------------------	--------------------------------	---------------------------------------	--------------------

Entfällt

UNGARN

Interventionsstelle	Mezőgazdasági és Vidékfejlesztési Hivatal Budapest Soroksári út. 22–24 1095 MAGYARORSZÁG/HUNGARY Tel. +36 12196260 Fax +36 12196259 Website: http://www.mvh.gov.hu			
---------------------	---	--	--	--

INTERVENTIONSORT

Lagerräume	Getreide- oder Reisart	Lagerungskapazität (in Tonnen)	Auslagerungskapazität (in Tonnen/Tag)	Art der Verbindung
------------	------------------------	--------------------------------	---------------------------------------	--------------------

Entfällt

MALTA

Interventionsstelle	Ministry for Resources and Rural Affairs Paying Agency Luqa Road Qormi QRM 9075 MALTA Tel. +356 25904000 Fax +356 25904169 Website: http://www.mrra.gov.mt
---------------------	---

INTERVENTIONSORT

Lagerräume	Getreide- oder Reisart	Lagerungskapazität (in Tonnen)	Auslagerungskapazität (in Tonnen/Tag)	Art der Verbindung
------------	------------------------	--------------------------------	---------------------------------------	--------------------

Entfällt

NIEDERLANDE

Interventionsstelle	Dienst Regelingen Postbus 965 6040 AZ Roermond NEDERLAND Tel. +31 475355486 Fax +31 475318939 Website: http://www.minlnv.nl
---------------------	--

INTERVENTIONSORT

Lagerräume	Getreide- oder Reisart	Lagerungskapazität (in Tonnen)	Auslagerungskapazität (in Tonnen/Tag)	Art der Verbindung
------------	------------------------	--------------------------------	---------------------------------------	--------------------

Entfällt

ÖSTERREICH

Interventionsstelle	Agrarmarkt Austria (AMA) Dresdner Straße 70 1200 Wien ÖSTERREICH Tel. +43 133151218 Fax +43 133151462 Website: http://www.ama.at
---------------------	--

INTERVENTIONSORT

Lagerräume	Getreide- oder Reisart	Lagerungskapazität (in Tonnen)	Auslagerungskapazität (in Tonnen/Tag)	Art der Verbindung
------------	------------------------	--------------------------------	---------------------------------------	--------------------

Entfällt

POLEN

Interventionsstelle	Agencja Rynku Rolnego (ARR) Biuro Produktów Roślinnych ul. Nowy Świat 6/12 00-400 Warszawa POLSKA/POLAND Tel. +48 226617810 Fax +48 226617826 Website: http://www.arr.gov.pl
---------------------	---

INTERVENTIONSORT

Lagerräume	Getreide- oder Reisart	Lagerungskapazität (in Tonnen)	Auslagerungskapazität (in Tonnen/Tag)	Art der Verbindung
------------	------------------------	--------------------------------	---------------------------------------	--------------------

Entfällt

PORTUGAL

Interventionsstelle	Instituto de Financiamento da Agricultura e Pescas (IFAP) Rua Fernando Curado Ribeiro, 4 G 1269-164 Lisboa PORTUGAL Tel. +351 217518500 Fax +351 217518615 Website: http://www.ifap.pt			
---------------------	---	--	--	--

INTERVENTIONSORT

Lagerräume	Getreide- oder Reisart	Lagerungskapazität (in Tonnen)	Auslagerungskapazität (in Tonnen/Tag)	Art der Verbindung
------------	------------------------	--------------------------------	---------------------------------------	--------------------

Beja

Rua Mira Fernandes 2 Apartado 14 7800-901 Beja PORTUGAL	Hartweizen und Reis	50 000	> 1 000	Straße
--	---------------------	--------	---------	--------

RUMÄNIEN

Interventionsstelle	Payment and Intervention Agency for Agriculture Bulevardul Carol I nr. 17, sector 2 030161 Bucureşti ROMÂNIA Tel. +40 213054802 Fax +40 213054803 Website: http://www.apia.org.ro			
---------------------	--	--	--	--

INTERVENTIONSORT

Lagerräume	Getreide- oder Reisart	Lagerungskapazität (in Tonnen)	Auslagerungskapazität (in Tonnen/Tag)	Art der Verbindung
------------	------------------------	--------------------------------	---------------------------------------	--------------------

Turnu Măgurele

Siloz Turnu Măgurele Str. Călăraşi nr. 7 Turnu Măgurele Judeţul Teleorman ROMÂNIA	Hartweizen und Reis	44 000	> 1 000	Straße, Bahn und Meer
---	---------------------	--------	---------	-----------------------

Brăila

Siloz Brăila Triaj Şoseaua Baldovineşti nr. 7 Brăila Judeţul Brăila ROMÂNIA	Hartweizen und Reis	69 500	> 1 000	Straße und Bahn
---	---------------------	--------	---------	-----------------

SLOWENIEN

Interventionsstelle	Agencija Republike Slovenije za kmetijske trge in razvoj podeželja Dunajska 160 SI-1000 Ljubjana SLOVENIJA Tel. +386 15807652 Fax +386 14789200 Website: http://www.arsktrp.gov.si
---------------------	--

INTERVENTIONSORT

Lagerräume	Getreide- oder Reisart	Lagerungskapazität (in Tonnen)	Auslagerungskapazität (in Tonnen/Tag)	Art der Verbindung
------------	------------------------	--------------------------------	---------------------------------------	--------------------

Entfällt

SLOWAKEI

Interventionsstelle	Pôdohospodárska platobná agentúra Oddelenie obilnín a škrobu Dobrovičova 12 815 26 Bratislava SLOVENSKO/SLOVAKIA Tel. +421 257512330 Fax +421 253412665 Website: http://www.apa.sk
---------------------	---

INTERVENTIONSORT

Lagerräume	Getreide- oder Reisart	Lagerungskapazität (in Tonnen)	Auslagerungskapazität (in Tonnen/Tag)	Art der Verbindung
------------	------------------------	--------------------------------	---------------------------------------	--------------------

Entfällt

FINNLAND

Interventionsstelle	Maaseutuvirasto PL 256 FI-00101 Helsinki SUOMI/FINLAND Tel. +358 20772007 Fax +358 207725506 Website: http://www.mavi.fi
---------------------	---

INTERVENTIONSORT

Lagerräume	Getreide- oder Reisart	Lagerungskapazität (in Tonnen)	Auslagerungskapazität (in Tonnen/Tag)	Art der Verbindung
------------	------------------------	--------------------------------	---------------------------------------	--------------------

Entfällt

SCHWEDEN

Interventionsstelle	Statens Jordbruksverk SE-55182 Jönköping SVERIGE Tel. +46 36155000 Fax +46 36190546 Website: http://www.jordbruksverket.se
---------------------	---

INTERVENTIONSORT

Lagerräume	Getreide- oder Reisart	Lagerungskapazität (in Tonnen)	Auslagerungskapazität (in Tonnen/Tag)	Art der Verbindung
------------	------------------------	--------------------------------	---------------------------------------	--------------------

Entfällt

VEREINIGTES KÖNIGREICH

Interventionsstelle	Rural Payments Agency Lancaster House Hampshire Court Newcastle upon Tyne NE4 7YH UNITED KINGDOM Tel. +44 1912265882 Fax +44 1912265828 Website: http://www.rpa.gov.uk			
---------------------	--	--	--	--

INTERVENTIONSORT

Lagerräume	Getreide- oder Reisart	Lagerungskapazität (in Tonnen)	Auslagerungskapazität (in Tonnen/Tag)	Art der Verbindung
------------	------------------------	--------------------------------	---------------------------------------	--------------------

Entfällt

V

(Bekanntmachungen)

VERWALTUNGSVERFAHREN

EUROPÄISCHE KOMMISSION

**Vereinfachte Bekanntmachung der Ausschreibungen für die Durchführung von
gemeinwirtschaftlichen Flugdiensten auf den Strecken Clermont-Ferrand–Lille, Clermont-
Ferrand–Marseille, Clermont-Ferrand–Straßburg und Clermont-Ferrand–Toulouse**

(2010/C 13/12)

Mitgliedstaat	Frankreich
Flugstrecken	Clermont-Ferrand–Lille Clermont-Ferrand–Marseille Clermont-Ferrand–Straßburg Clermont-Ferrand–Toulouse
Laufzeit des Vertrages	1. September 2010 bis 31. August 2013
Frist für die Einreichung von Anträgen und Angeboten	— für Anträge (1. Schritt): 8. März 2010 (16:00 Ortszeit) — für Angebote (2. Schritt): 12. April 2010 (16:00 Ortszeit)
Anschrift, bei der der Text der Ausschreibung und andere einschlägige Informationen und/oder Unterlagen im Zusammenhang mit der öffentlichen Ausschreibung und den gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen angefordert werden können	Syndicat mixte de l'aéroport de Clermont-Ferrand Auvergne BP 60 13-15 avenue de Fontmaure 63402 Chamalières Cedex FRANCE Frau Véronique BARLET Tel. +33 0473318171 Fax +33 0473318480 E-mail: v.barlet@cr-auvergne.fr

VERFAHREN BEZÜGLICH DER DURCHFÜHRUNG DER WETTBEWERBSPOLITIK

EUROPÄISCHE KOMMISSION

STAATLICHE BEIHILFE — DEUTSCHLAND

Staatliche Beihilfen C 15/09 (ex N 196/09), N 333/09, N 557/09

**Hypo Real Estate, Deutschland — Ausweitung des förmlichen Prüfverfahrens und vorläufige
Genehmigung der Kapitalzuführungen**

Aufforderung zur Stellungnahme nach Artikel 88 Absatz 2 des EG-Vertrags

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2010/C 13/13)

Mit Schreiben vom 13. November 2009, das nachstehend in der verbindlichen Sprachfassung abgedruckt ist, hat die Kommission Deutschland von ihrer Entscheidung in Kenntnis gesetzt, wegen der genannten Maßnahme das Verfahren nach Artikel 88 Absatz 2 des EG-Vertrags zu eröffnen.

Alle Beteiligten können innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung dieser Zusammenfassung und des Schreibens zu der Maßnahme, die Gegenstand des von der Kommission eröffneten Verfahrens ist, Stellung nehmen. Die Stellungnahmen sind an folgende Anschrift zu richten:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Staatliche Beihilfen
Büro: SPA3 6/5
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

Fax +32 22961242

Alle Stellungnahmen werden Deutschland übermittelt. Beteiligte, die eine Stellungnahme abgeben, können unter Angabe von Gründen schriftlich beantragen, dass ihre Identität nicht offengelegt wird.

VERFAHREN

Am 7. Mai 2009 eröffnete die Kommission wegen staatlicher Beihilfemaßnahmen zugunsten der Hypo Real Estate (HRE) das förmliche Prüfverfahren (Entscheidung K(2009) 3712 endgültig). Die Entscheidung vom 7. Mai 2009 wurde aufgehoben und am 24. Juli 2009 durch die Entscheidung K(2009) 5888 endgültig ersetzt. Danach hat die Bundesregierung mehrere Kapitalzuführungen angemeldet und eine tiefgreifende Umstrukturierung der HRE vorgeschlagen, als im ursprünglichen Umstrukturierungsplan vorgesehen war. Die Bundesregierung hat die Kommission auch über die Absicht Deutschlands unterrichtet, der Bank weitere staatliche Unterstützung zu gewähren.

SACHVERHALT

Ende September 2008 geriet die HRE in einen existenzgefährdenden Liquiditätsengpass. Am 1. April 2009 meldete Deutschland einen Umstrukturierungsplan für die HRE an.

Deutschland stützte die HRE zunächst mit einigen Rettungsmaßnahmen (staatliche Garantien in Höhe von 35 Mrd. EUR und SoFFin-Garantien in Höhe von 52 Mrd. EUR) und später mit drei Kapitalzuführungen. Darüber hinaus plant Deutschland die Bereitstellung von weiterem Kapital und weiteren Garantien sowie die Einbringung von Vermögenswerten in eine Abwicklungsanstalt.

Gemäß dem Umstrukturierungsplan konzentriert sich die HRE auf zwei Kernbereiche: gewerbliche Immobilienfinanzierung und Staatsfinanzierung. Die Refinanzierung soll hauptsächlich durch Pfandbriefe erfolgen. Die HRE sieht derzeit vor, dass die Bilanzsumme ihrer Kernbank, der Deutschen Pfandbriefbank, Ende 2010 höchstens [120—130] (*) Mrd. EUR betragen wird, was im Vergleich zur Bilanz der HRE Group vom 31. Dezember 2008 (rund 420 Mrd. EUR) einer Verringerung um rund [69—72] % entspricht.

(*) Vertrauliche Informationen.

BEIHILFERECHTLICHE WÜRDIGUNG

Die Vereinbarkeit der Beihilfe mit dem Gemeinsamen Markt wurde nach Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe b des EG-Vertrags geprüft.

Die Kommission kam zu dem Schluss, dass die im März 2009 durchgeführte Kapitalzuführung von 60 Mio. EUR, die von einer HRE-Aktionärsversammlung am 2. Juni 2009 beschlossene Kapitalzuführung von 2 959 632 240 EUR und die Kapitalzuführung von 3 Mrd. EUR vom November 2009 vorläufig als mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar angesehen werden können, bis über den Umstrukturierungsplan abschließend entschieden worden ist.

Das förmliche Prüfverfahren wird auf die Umstrukturierungsmaßnahmen einschließlich der Kapitalzuführungen von 2 959 632 240 EUR und 3 Mrd. EUR sowie auf mehrere künftige Maßnahmen (Garantien in Höhe von 20 Mrd. EUR und Kapitalzuführungen in Höhe von bis zu 4 Mrd. EUR) ausgeweitet. Die Kommission wird die Fortführung der bisherigen Rettungsmaßnahmen sowie die bereits gewährten Kapitalzuführungen und die neu gewährten Maßnahmen im Hinblick auf den bestehenden Umstrukturierungsplan anhand der Umstrukturierungsmitteilung vom 22. Juli 2009 als Umstrukturierungsbeihilfen prüfen.

Die Kommission hat nach wie vor Zweifel an der Lebensfähigkeit der HRE. Die Zweifel hinsichtlich der Finanzierung, der kurz- und langfristigen Rentabilität sowie des Unternehmenswachstums bestehen auch unter Berücksichtigung des aktualisierten Umstrukturierungsplans weiter. Außerdem fragt sich die Kommission, ob die Verringerung der Bilanzsumme um [69-72] % einen hinreichenden Ausgleich für den sehr hohen Beihilfebetrug darstellt und ob die Bedingungen für die Reprivatisierung, nach denen diese spätestens 201[...] stattfinden soll, sofern Deutschland einen wirtschaftlich annehmbaren Preis erzielen kann, ein geeignetes Mittel sind, Wettbewerbsverzerrungen zu begrenzen.

DAS SCHREIBEN

„The Commission wishes to inform Germany that it has decided to extend the proceedings laid down in Article 88(2) of the EC Treaty which was opened by Decision C(2009) 3712 final of 7 May 2009 (withdrawn and replaced by decision C(2009) 5888 final of 24 July 2009), and has decided to temporarily find compatible with the Common Market several capital injections.

1. PROCEDURE

- (1) On 2 October 2008, the Commission approved emergency rescue aid for Hypo Real Estate (HRE) amounting to EUR 35 billion, registered under Case number N 44/08.

- (2) On 1 April 2009 Germany notified a restructuring plan for HRE, registered under Case number N 196/09. The plan discloses the assumption that Germany will overall inject EUR 10 billion capital into HRE.

- (3) Germany notified by letter dated 17 April 2009 a capital injection of EUR 60 million, having acquired on 30 March 2009 20 million new shares at their nominal value. By this letter, Germany also notified a prolongation of guarantees amounting to EUR 52 billion provided by the “Special Fund Financial Market Stabilisation” (SoFFin). These measures were registered under Case number N 196/09.

- (4) On 7 May 2009, the Commission initiated a formal investigation procedure ⁽¹⁾.

- (5) On 3 June 2009 the German authorities notified by letter dated 29 May 2009 a capital injection amounting to EUR 2 959 632 240 into HRE and the related acquisition of HRE shares through SoFFin (this measure was registered under Case number N 333/09). The German authorities mention that they notify this measure on a precautionary basis but consider it to be covered by the approved German bank rescue scheme ⁽²⁾.

- (6) On 24 July 2009 the Commission, asked the German authorities to provide additional information regarding this capital injection. Germany sent additional information on 3 and 4 September 2009.

- (7) On 17 August 2009 the German authorities informed the Commission (registered under Case number C 15/09) that Germany intends to prolong until 18 November 2009 previously granted SoFFin guarantees amounting to EUR 52 billion for HRE (which were granted before 1 April 2009). Simultaneously, the German authorities submitted updates for the restructuring plan, which also proposed a deeper restructuring of HRE.

- (8) By letter dated 13 October 2009, the German authorities informed the Commission that HRE urgently needs a capital injection amounting to approximately EUR [2-4] (*) billion (registered under Case number N 557/09).

⁽¹⁾ Commission Decision of 7 May 2009, replaced by Decision of 24 July 2009 in Case C 15/09 (ex N 196/09), OJ C 240, 7.10.2009, p. 11.

⁽²⁾ Commission Decision of 12 December 2008 in Case N 625/08 (OJ C 143, 24.6.2009, p. 1).

(*) Confidential information.

- (9) The German financial supervisory authority, BaFin⁽³⁾, stated in a letter of [...] that without additional capital HRE would no longer comply with the regulatory minimum capital requirements. In this letter it is also stated that bank supervisory procedures (e.g. [...]) would be necessary should HRE not comply with the rules for own capital.
- (10) On 20 and 21 October 2009, the German authorities notified to the Commission other intended State measures for HRE, informed the Commission about a further prolongation of the already existing SoFFin guarantees, and provided another update of the restructuring plan (registered under case number N 557/09).
- (11) On 26 October 2009 the German authorities supplemented (registered under case number N 557/09) their notification of 21 October 2009, by providing clarification regarding State support for the bank. Regarding the proposed capital injection notified by letter dated 13 October 2009, the German authorities clarified that this capital injection will amount to EUR 3,0 billion and that Germany intends to inject it in November 2009.
- (16) The field of “Public Sector & Infrastructure Finance” pools mainly the public sector business. In addition, the field contains the infrastructure- and asset-based-finance portfolios.
- (17) The field of “Capital Markets & Asset Management”, which is intended to be discontinued, pools the capital markets and the asset management business of the group.
- (18) As at 30 June 2009 HRE had nearly 1 600 employees and a balance sheet total of EUR 386.4 billion. For the year 2008 HRE's reported losses amount to EUR 5,5 billion, and for the first half of the year 2009 the bank reported losses amounting to EUR 1,1 billion.
- (19) In the course of time, HRE was taken into 100 % German State ownership.

2. DESCRIPTION

2.1. The beneficiary

- (12) In October 2003 HRE was established as a spin-off of parts of the commercial real estate financing of the HVB Group. In 2007, HRE took over the Dublin-based DEPFA Bank plc and extended its business to public sector and infrastructure finance.
- (13) HRE currently consists of the following main companies: Hypo Real Estate Holding AG, Deutsche Pfandbriefbank AG and DEPFA Bank plc.
- (14) HRE has its seat in Munich, Germany. Currently the business of HRE is structured in three fields: “Commercial Real Estate”, “Public Sector & Infrastructure Finance”, and “Capital Markets & Asset Management”. It is active in Europe, Asia, North America and South America. HRE is one of the largest issuers of covered bonds (*Pfandbriefe*⁽⁴⁾).
- (15) The field of “Commercial Real Estate” combines mainly the international and German businesses of the commercial real estate financing including customer derivatives from Deutsche Pfandbriefbank AG.
- (20) As part of Germany's overall strategy to gain full control over HRE by acquiring the totality of shares in several steps, SoFFin bought 20 million new HRE shares on 30 March 2009 at their nominal value of EUR 3 per share, resulting in a capital injection of EUR 60 million. The issuance of these shares took advantage of capital approved in advance by the regular annual shareholders' meeting.
- (21) The acquisition of these shares gave SoFFin a 8,65 % share of HRE's equity capital.
- (22) According to the German authorities, this capital injection was a precondition of KPMG, HRE's independent auditor of annual accounts, to certify the annual financial statements of 2008 under the going-concern principle. Without such certified financial statements, the German supervisory authority would have had to initiate bank supervisory procedures.
- (23) On 2 June 2009, a meeting of HRE's shareholders approved the issuance of 986 544 080 new shares to be acquired by SoFFin. That means that SoFFin injected capital amounting to EUR 2 959 632 240 into HRE. The price per issued share is EUR 3, which is the nominal value per share. According to the German authorities, SoFFin subscribed the shares at the minimum possible price, which is the nominal value per share (EUR 3).
- (24) Taking the acquisition of new shares into account, SoFFin reached a capital participation amounting to 90 %.

⁽³⁾ “Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht”.

⁽⁴⁾ Pfandbriefe are a type of covered bonds. The Pfandbrief has two kinds of securitization. In addition to a liability taken over by the bank itself it is collateralized by specific assets such as property mortgages or public sector loans as laid down in the German Pfandbrief Act (“Pfandbriefgesetz”).

2.2. The measures to be temporarily found compatible with the Common Market

2.2.1. Capital injection amounting to EUR 60 million

2.2.2. Capital injection amounting to EUR 2 959 632 240

2.2.3. Capital injection amounting to EUR 3,0 billion

(25) On 26 October 2009, the German authorities informed the Commission that Germany will inject EUR 3,0 billion capital into HRE in November 2009.

(26) Germany intends to structure the EUR 3,0 billion capital injection as follows:

— EUR 2 billion shall be injected into the reserves (“freie Rücklagen”), partly into HRE Holding, partly into Deutsche Pfandbriefbank. According to the German authorities no fixed coupon can be requested for this EUR 2 billion capital injection, as this amount is injected into the reserves. After the squeeze-out of minority shareholders, HRE is in 100 % ownership of Germany/SoFFin. Therefore, according to the German authorities, Germany/SoFFin is entitled to the earnings/dividends which HRE would distribute.

— EUR 1 billion shall be carried out as a silent participation in Deutsche Pfandbriefbank, with a profit-related coupon of 10 % p.a.

(27) The German authorities submit that HRE needs the capital injection of EUR 3 billion to absorb the anticipated losses in DEPFA plc and Deutsche Pfandbriefbank. This capital injection is also needed in order to comply with regulatory minimum capital requirements for HRE, DEPFA plc. and Deutsche Pfandbriefbank.

(28) The supervisory authority, BaFin, in a letter of [...] points out that a collapse of HRE group would have considerable negative effects on the national and international financial markets, with the potential to cause major disruptions and to eliminate the trust that has recently resurged.

2.3. The updated restructuring plan

(29) The business plan for HRE has been updated several times, with the most recent update notified on [...] and [...] October 2009.

(30) Germany provides the above-mentioned capital measures for the restructuring of HRE. Moreover, the guarantees already granted, which have been prolonged through the presentation of the restructuring plan (EUR 35 billion was granted under the rescue decision and EUR 52 billion was granted under the German rescue package before the restructuring plan was notified), are part of the restructuring.

(31) Further, Germany intends to take the following State aid measures, which will be granted as restructuring aid at a later stage (registered under case number N 557/09):

— guarantees of EUR 10 billion as liquidity buffer, EUR 8 billion for the rescheduling of the secured notes and EUR 2 billion for refinancing a possible winding-down solution;

— capital injections amounting to a maximum of EUR 4 billion

(32) [...], HRE intends to make use of a wind-down-institute for a balance sheet scope of up to EUR 210 billion. Germany notes that the exact scope and design of the wind-down-institute has not yet been agreed.

(33) According to Germany's current intention, the core bank of HRE, Deutsche Pfandbriefbank, would by 31 December 2010 have a balance sheet total of maximum EUR [120-130] billion. Compared to the balance sheet total of HRE group on 31 December 2008 (approximately EUR 420 billion) this represents a reduction by approximately [69-72] %. ⁽⁵⁾ By 31 December 2014, Deutsche Pfandbriefbank would reach a balance sheet total of maximum EUR [160-180] billion. Compared to the balance sheet total of HRE group on 31 December 2008 this represents a reduction by approximately [57-62] %.

(34) Germany committed to ensure that Deutsche Pfandbriefbank will be re-privatised by 31 December 201[...] at latest, provided it can sell the bank at conditions which it considers are economically acceptable for Germany.

(35) HRE still intends to focus its business on commercial real estate and public finance, as already foreseen in the initial restructuring plan, notified on 1 April 2009. In public finance, HRE intends to generate an average net margin amounting to [...] % for new business. According to a study of Booz & Company this margin is plausible, although at the upper end of the assumed range. According to a study of the audit firm PricewaterhouseCoopers, the basic assumptions are ambitious but not implausible.

3. POSITION OF GERMANY

(36) The German authorities point out that they notified the capital measures on a precautionary basis, considering that all three capital injection are considered to be covered by the authorised German banking rescue package pursuant to § 7 of the “Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz” (FMStFG) and by the authorisation of this measure by Commission decision of 12 December 2008. Therefore, the German authorities argue that they constitute existing State aid.

⁽⁵⁾ The balance sheet total reductions are based on the assumption, that certain non-strategic assets are transferred from the Pfandbriefbank into a wind-down-institute.

- (37) Germany asks for temporary approval of the capital measures until a decision on the restructuring plan has been taken.
- (38) In addition, regarding the capital injection of 60 million, Germany points out that according to German law shares must not be issued at a price below the nominal value. HRE's shares were issued at a nominal value of EUR 3 per share. Therefore, according to the German authorities, SoFFin paid the legal minimum price for the shares.
- (39) Regarding the capital injection and the related acquisition of shares by SoFFin of EUR 2,96 billion, Germany notes that they were sold at a price of EUR 3 per share which is the nominal value and hence the minimum issue price. According to Germany, the issuance of new shares at a price below EUR 3 was not possible.

4. ASSESSMENT

4.1. Existence of State aid under Article 87(1) of the EC Treaty

- (40) In the opening decision⁽⁶⁾ the Commission came to the preliminary conclusion that all measures granted so far (i.e. the guarantees and the capital injection amounting to EUR 60 million carried out in March 2009) constitute State aid within the meaning of Article 87(1) of the Treaty. With regard to the capital injection in the form of new shares, the Commission considered that the funds for the acquisition of those shares were provided by SoFFin, an entity set up by the German government under the German rescue package⁽⁷⁾, and that the capital injection provided a selective advantage, enabling HRE to obtain capital more favourably than on the market. The measure therefore constitutes State aid. The same assessment applies to the capital injections amounting to EUR 2,96 billion carried out in June 2009 and the capital injection amounting to EUR 3,0 billion carried out in November 2009.

4.2. Compatibility of the aid

4.2.1. Application of Article 87(3)(b) of the EC Treaty

- (41) Article 87(3)(b) EC Treaty enables the Commission to declare aid compatible with the Common Market if it is "to remedy a serious disturbance in the economy of a Member State". The Commission recalls that the Court of First Instance has stressed that Article 87(3)(b) EC

Treaty needs to be applied restrictively and must relate to a disturbance in the entire economy of a Member State⁽⁸⁾. As the breakdown of a systematically relevant bank can directly affect the financial markets and indirectly the entire economy of a Member State, the Commission currently bases its assessment of State aid measures in the banking sector on this provision in light of the ongoing fragile situation on the financial markets.

- (42) Germany considers HRE to be a bank with systemic relevance for the financial market. BaFin has confirmed that the own capital of the bank would fall short of the regulatory requirements if the bank does not receive further capital and that bank supervisory procedures would be initiated if the bank does not receive further capital. The Commission will therefore assess the State aid measures for HRE under Article 87(3)(b) of the EC Treaty⁽⁹⁾.
- (43) Germany has granted capital injections into HRE on the basis of the FMStFG, approved under the German rescue scheme, and hence does not consider a notification necessary. However, the Commission points out that these capital injections need to be notified individually because they are part of a restructuring plan, and therefore need to be assessed in that context and not as an emergency measure under the German banking rescue scheme. In general, the Commission considers that the German banking rescue scheme does not allow Germany to grant aid which is subject to a restructuring plan, but that such measures rather need to be notified individually.
- (44) Given that Germany asks for temporary approval of the capital measures until a decision on the restructuring plan has been taken, the Commission will assess the temporary compatibility of the measures until a decision on the restructuring plan is taken. If the measures are compatible it would not need to take position on whether the measures were already compatible under the German rescue aid scheme, as claimed by the German authorities⁽¹⁰⁾.

⁽⁶⁾ Decision C(2009) 3712 final of 7 May 2009 (withdrawn and replaced by decision C(2009) 5888 final on 24 July 2009).

⁽⁷⁾ Commission Decision of 27 October 2008; N 512/08 *Rettungspaket für Kreditinstitute in Deutschland* replaced by Commission decision of 12 December 2008; N 625/08 *Rettungspaket für Finanzinstitute in Deutschland*.

⁽⁸⁾ Cf. See, in principle, Joined Cases T-132/96 and T-143/96 *Freistaat Sachsen and Volkswagen AG Commission* [1999] ECR II-3663, paragraph 167. Followed in Commission Decision in case C 47/96, *Crédit Lyonnais*, OJ L 221, 8.8.1998, p. 28, point 10.1, Commission Decision in Case C 28/02 *Bankgesellschaft Berlin*, OJ L 116, 4.5.2005, p. 1, point 153 *et seq* and Commission Decision in Case C 50/06 *BAWAG*, OJ L 83, 26.3.2008, p. 7, point 166. See Commission Decision of 5 December 2007 in case NN 70/07, *Northern Rock*, OJ C 43, 16.2.2008, p. 1, Commission Decision of 30 April 2008 in case NN 25/08, *Rescue aid to WestLB*, OJ C 189, 26.7.2008, p. 3, Commission Decision of 4 June 2008 in Case C 9/08 *SachsenLB*, OJ L 104, 24.4.2009, p. 34.

⁽⁹⁾ Cf. § 47 Commission Decision of 12 December 2008 in case N 625/08 *Rettungspaket für Finanzinstitute in Deutschland*, OJ C 143, 24.6.2009, p. 1.

⁽¹⁰⁾ Similar Commission decision of 7 May 2009 in case N 244/09 *Commerzbank*.

4.2.2. Temporary compatibility of the capital measures

- (45) Under the Banking Communication⁽¹¹⁾ any aid or aid scheme must comply with general criteria for compatibility under Article 87(3) of the Treaty, viewed in the light of the general objectives of the Treaty and in particular must be appropriate, necessary and proportional.
- (46) The Banking Communication contains general conditions for support measures in the financial crisis, inter alia for recapitalisations. Those principles have to be applied to State aid schemes and *mutatis mutandis* for individual cases. The conditions have been complemented and clarified in the Communication from the Commission — The recapitalisation of financial institutions in the current financial crisis: limitation of aid to the minimum necessary and safeguards against undue distortions of competition, of 5 December 2008⁽¹²⁾ (Recapitalisation Communication).
- (47) Capital injections into banks are in principle suitable to help banks to resist the consequences of the financial crisis, providing a cushion to absorb losses, to fulfil regulatory capital requirements, to ensure lending to the real economy, and to prepare a bank's return to long-term viability or its orderly winding up⁽¹³⁾.
- (48) HRE is in a process of restructuring, and Germany has already provided a restructuring plan which was subsequently updated. This is currently being assessed by the Commission. However, in cases where financial stability is at stake and urgent remedial action is needed to keep the ailing bank afloat — as in the present case, confirmed by the national financial supervisory authority — it can be accepted that it is necessary to temporarily grant emergency aid prior to the final assessment of the revised restructuring plan.

Capital injections

- (49) The capital injection of EUR 60 million had only limited scope, resulting in a 8,65 % share of HRE's equity capital which did not give Germany a major influence on the bank. According to the German authorities, the capital injection was necessary for the annual financial statements of 2008, to be certified under the going-concern principle. The Commission considers that the measure was necessary in order to avoid initiation by BaFin of bank supervisory procedures.

⁽¹¹⁾ Commission Communication on "The application of State aid rules to measures taken in relation to financial institutions in the context of the current global financial crisis", OJ C 270, 25.10.2008, p. 8.

⁽¹²⁾ Communication from the Commission — Recapitalisation of financial institutions in the current financial crisis: limitation of aid to the minimum necessary and safeguards against undue distortions of competition, OJ C 10, 15.1.2009, p. 2.

⁽¹³⁾ Recapitalisation Communication, points 4 and subsequent; Cf. Commission decision of 13 October 2008 in case N 507/08 Financial Support Measures to the Banking Industry in the UK, OJ C 290, 13.11.2008, p. 4.

- (50) The capital injection of EUR 2 959 632 240 was, according to Germany, necessary to ensure compliance with regulatory requirements regarding the minimum level of capital as well as to meet equity capital ratio expectations by the markets. According to the Interim Report as of 30 June 2009, HRE had a core capital (Tier 1) ratio of 6,9 % and an own funds (Tier 1 and 2) ratio of 9,5 % per 30 June 2009. Nevertheless, those ratios would have been lower if losses accumulated in the first half of 2009 had already been taken into account.

- (51) By letter of [...], BaFin points out, that HRE would need additional capital, and that bank supervisory procedures (e.g. [...]) would be initiated, if the bank does not comply with own capital rules. Therefore, the Commission considers that the capital injection amounting to EUR 3,0 billion which Germany intends to inject in November 2009, is necessary in order to avoid bank supervisory procedures (e.g. [...]).

- (52) With regard to the silent participation of EUR 1 billion, SoFFin will receive a profit-related coupon of 10 %. This level of remuneration is in line with point 44 of the Recapitalisation Communication, which stipulates that where the price cannot be set to levels that correspond to the risk profile of the bank, it would nevertheless need to be close to that required for a similar bank under normal market conditions. It is clear that HRE would not get capital at an economically justifiable remuneration level on the market in the current circumstances. However, given that HRE is in difficulty, it should thus pay at least a reasonable price. 10 % has already been accepted as an acceptable level⁽¹⁴⁾.

- (53) With respect to capital injections carried out by acquiring share capital and the injection into the reserves, SoFFin as 100 % HRE owner is, according to the German authorities, entitled to a shareholder's usual remuneration. For a distressed bank no market-conform remuneration can be expected, at least in the short-term, for such provision of capital. In line with the Recapitalisation Communication such a situation requires a thorough and far-reaching restructuring. However, for ordinary shares a fixed coupon cannot be arranged.

- (54) On the basis of the considerations above, and taking into account the approved German rescue scheme for financial institutions, the Commission comes to the conclusion that the capital injections are appropriate, necessary and proportional, and can be considered compatible with the Common Market on a temporary basis until a final decision is taken on the restructuring plan of HRE.

⁽¹⁴⁾ See Commission decision of 12 May 2009 in case N 615/08, *BayernLB*.

4.2.3. Extension of the Procedure regarding the restructuring aid

- (55) The formal investigation procedure will be extended to restructuring measures aid including the capital injection amounting to EUR 2 959 632 240 and EUR 3 billion as well as to the measures to be granted (the guarantees of EUR 10 billion as liquidity buffer, EUR 8 billion for the rescheduling of the secured notes and EUR 2 billion for refinancing a possible winding down solution; as well as the capital injections amounting to a maximum of EUR 4 billion).
- (56) The Commission cannot exclude at this stage that additional aid might be given by the transfer of assets to a wind-down-institute, considering a capital relief effect that is not properly compensated for.
- (57) The Commission will assess the continuation of all previous emergency aid measures as well as the already granted capital injections and the newly granted measures in view of the existing restructuring plan as restructuring aid. The compatibility of the restructuring aid is assessed on the basis of the restructuring plan in the context of the Restructuring Communication of 22 July 2009 ⁽¹⁵⁾. Although the decision ⁽¹⁶⁾ of 24 July 2009 made reference to the Guidelines on State aid for rescuing and restructuring firms in difficulty, the Commission has clarified in point 49 of the Restructuring Communication that all aid notified to the Commission before 31 December 2010 will be assessed as restructuring aid to banks pursuant to that Communication instead of the Guidelines on State aid for rescuing and restructuring firms in difficulty. The Commission has doubts that the newly introduced restructuring measures as well as the previous measures can be considered as compatible restructuring aid under the Restructuring Communication.

4.2.3.1. Doubts on the viability of HRE

- (58) In the decision ⁽¹⁷⁾ of 24 July 2009 the Commission already mentioned doubts on the viability of HRE. At present, the Commission still has doubts regarding the viability of HRE, taking the more detailed figures in the updated restructuring plan into account, questioning whether the intended restructuring is sufficient to allow restoration of long-term viability on the basis of the State aid received and planned. In this context, the Commission also needs to assess the impact of the intended wind-down-institute on the restructuring. The Commission has identified three problematic aspects that could affect the long-term sustainability of HRE's business model and intends to investigate those further:

- (59) Funding: HRE intends to fund its operations mainly through German covered bonds (Pfandbriefe). However, [25-40] % of its refinancing operation relies on unsecured lending and money markets. The cyclical and volatile nature of HRE's business, together with the long asset duration, threatens this approach. HRE would have to provide further evidence that this funding approach is suitable for public finance under all market circumstances, not just in good times.
- (60) Short- and long-term profitability: the updates of the business plan rise doubts regarding HRE's managing of its profit and loss expectations. In the base case scenario of the restructuring plan notified on 1 April 2009, HRE planned losses for the whole year 2009 amounting to EUR 0,949 billion. However, actual losses in the first six months of 2009 already exceeded this figure (actual: EUR 1,1 billion ⁽¹⁸⁾). The expected losses for the whole year 2009 have in the meantime been updated to approximately EUR 2,5 billion, which underlines that the assumptions made in the restructuring plan are fragile.
- (61) In its revised business plan, HRE wants to remain active in two fields: Commercial Real Estate and Public Finance. In the latter, HRE estimates to run new business on an average net margin of [...] %. HRE claims that this is a conservative estimate, and that its margin will likely be higher in reality. Nevertheless, the Commission notes at this stage that the intended margin in the area of public finance is very low and that market pressure may further reduce achievable margins.
- (62) In detail, the calculation provided by HRE is based on a return simulation for EUR [1-2] billion of new business, focused on regional finance in Germany, together with regional and local business in France and Spain. By making margin assumptions on each business line, HRE simulates an average asset margin of about [0,65-0,75] % over the interbank offered rate.
- (63) On the liability side, HRE expects to refinance about 90 % ⁽¹⁹⁾ of the public financing business using Pfandbriefe, at an average spread of [...] % over the interbank offered rate. While this theoretically leaves a positive margin, sufficient to cover costs, the Commission sees some threats to this business model:

⁽¹⁵⁾ Commission communication on the return to viability and the assessment of restructuring measures in the financial sector in the current crisis under the State aid rules, OJ C 195, 19.8.2009, p. 9.

⁽¹⁶⁾ Decision C(2009) 5888 final.

⁽¹⁷⁾ See footnote 16.

⁽¹⁸⁾ The losses in the first 6 months of 2009 were largely influenced by "provisions for losses on loans and advances" of EUR 1,077 billion (in the first 6 months of 2008 there were "provisions for losses on loans and advances" of EUR 0,07 billion).

⁽¹⁹⁾ The 90 % ratio of covered bond financing only applies to the public finance business. On average, HRE's business model (combining Commercial Real Estate and Public Finance) foresees a covered bond refinancing of about 65 %

- First, because of the inherent maturity mismatch between assets and liabilities, it might be difficult to maintain the intended net credit margin should markets be in a distressed shape again at the moment of refinancing. The maturity mismatch stems on the one hand from the difficulty to issue covered bonds at precisely the same maturity as the underlying assets, and on the other hand from the amount of 10 % that is not refinanced using covered bonds;
 - Second, if the markets for public finance (e.g. in France or Spain) were to normalise quicker than expected, budgeted asset side margins might drop faster than the refinancing spread for HRE issued covered bonds. In its business plan, HRE is counting on profitable businesses in French and Spanish regional markets. However, as soon as markets normalise, fierce competition could step in, eating out a large part of budgeted profitability.
- (64) Additionally, in its core market, Germany, margins are already under pressure. Consequently, this is where HRE generates the smallest average margin compared to its other country markets.
- (65) According to a study by the consulting firm Booz & Company, submitted by Germany as supporting evidence, the margin of [...] % is plausible yet at the upper end of the assumed range. According to a study of the audit firm PricewaterhouseCoopers, the basic assumptions are ambitious but not implausible. The Commission interprets these statements as indicating that the margins are in principle achievable but will probably be lower than [...] %.
- (66) In the field of commercial real estate, HRE intends to achieve a higher average net margin of [...] % - [...] %. The Commission's main concern regarding this business target relates to the cost of capital which might be underestimated. Recent events confirm that the business is capital intensive, both through substantial effective write-downs and high risk weighted asset ratios.
- (67) Business growth: HRE intends to generate a considerable amount of new business. The Commission doubts that HRE can easily achieve this, as it will face fierce competition for the same opportunities. However, the present pick-up in business (the bank achieved positive margins on *new* business in 2009, but earnings generated there do not compensate losses stemming from the *existing* portfolio) might give a distorted picture with regard to the potential to return to viability once the

substantial State support measures, specifically guarantees and State ownership, are removed or entirely compensated for.

4.2.3.2. Measures to limit distortions of competition

- (68) According to point 31 of the Restructuring Communication, when assessing the measures to limit distortions of competition, the Commission needs to take account of the amount of the aid both in absolute terms (including the aid element in guarantees) as relative to the bank's risk-weighted assets. HRE received an extremely large amount of aid. On this basis, even if in line with the current plan HRE reduces its balance sheet by [69-72] % by end of 2010, the Commission continues to doubt that the measures to limit distortions of competition are sufficient.
- (69) The Commission further doubts whether the terms for a reprivatisation of Deutsche Pfandbriefbank according to which the reprivatisation shall take place at the latest in 201[...], provided that Germany can obtain an economically acceptable price, are an appropriate means to limit distortions of competition. In addition, the Commission doubts whether the reprivatisation by 31 December 201[...] is appropriate. In line with point 15 of the Restructuring Communication, restructuring should last not more than five years. Therefore, the Commission would expect that Deutsche Pfandbriefbank is reprivatised at the latest in 201[...]. Moreover, it should be reprivatised with a divestiture trustee, [...].

5. DECISION

The Commission has decided to temporarily find compatible with the Common Market the capital injection amounting to EUR 60 million carried out in March 2009, the capital injection amounting to EUR 2 959 632 240 carried out in June 2009, and the capital injection amounting to EUR 3,0 billion to be carried out in November 2009 in favour of HRE until the Commission has taken a final decision on the restructuring plan.

In the light of the foregoing considerations, the Commission has decided to extend the proceedings laid down in Article 88(2) of the EC Treaty with respect to the following State aid measures in favour of HRE: The capital injection amounting to EUR 2 959 632 240 carried out in June 2009, the capital injection amounting to EUR 3,0 billion to be carried out in November 2009, guarantees of EUR 10 billion as liquidity buffer, EUR 8 billion for the rescheduling of the secured notes and EUR 2 billion for refinancing a possible winding down solution and capital injections amounting to a maximum of EUR 4 billion.

Germany is requested to forward a copy of this letter to the potential recipient of the aid immediately.

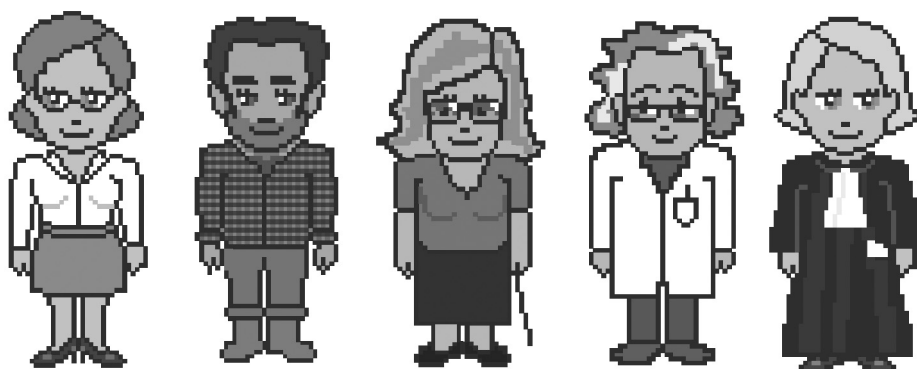
The Commission wishes to remind Germany that Article 88(3) of the EC Treaty has suspensory effect, and would draw your attention to Article 14 of Council Regulation (EC) No 659/1999, which provides that all unlawful aid may be recovered from the recipient.

The Commission warns Germany that it will inform interested parties by publishing this letter and a meaningful summary of it

in the Official Journal of the European Communities. It will also inform interested parties in the EFTA countries which are signatories to the EEA Agreement, by publishing a notice in the EEA Supplement to the Official Journal of the European Communities, and will inform the EFTA Surveillance Authority by sending a copy of this letter. All such interested parties will be invited to submit their comments within one month of the date of such publication.“

EU Book shop

Veröffentlichungen der EU
gesucht und gefunden!



bookshop.europa.eu

<u>Informationsnummer</u>	Inhalt (Fortsetzung)	Seite
2010/C 13/11	Mitteilung an die Marktteilnehmer für die öffentliche Intervention im Hartweizen- und im Reissektor (Artikel 23 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 670/2009 der Kommission und Artikel 1 der Verordnung (EG) Nr. 1173/2009 der Kommission)	36

V Bekanntmachungen

VERWALTUNGSVERFAHREN

Europäische Kommission

2010/C 13/12	Vereinfachte Bekanntmachung der Ausschreibungen für die Durchführung von gemeinwirtschaftlichen Flugdiensten auf den Strecken Clermont-Ferrand–Lille, Clermont-Ferrand–Marseille, Clermont-Ferrand–Straßburg und Clermont-Ferrand–Toulouse	57
--------------	--	----

VERFAHREN BEZÜGLICH DER DURCHFÜHRUNG DER WETTBEWERBSPOLITIK

Europäische Kommission

2010/C 13/13	Staatliche Beihilfe — Deutschland — Staatliche Beihilfen C 15/09 (ex N 196/09), N 333/09, N 557/09 — Hypo Real Estate, Deutschland — Ausweitung des förmlichen Prüfverfahrens und vorläufige Genehmigung der Kapitalzuführungen — Aufforderung zur Stellungnahme nach Artikel 88 Absatz 2 des EG-Vertrags ⁽¹⁾	58
--------------	--	----



⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR

Abonnementpreise 2010 (ohne MwSt., einschl. Portokosten für Normalversand)

Amtsblatt der EU, Reihen L + C, nur Papiaerausgabe	22 EU-Amtssprachen	1 100 EUR pro Jahr
Amtsblatt der EU, Reihen L + C, Papiaerausgabe + jährliche CD-ROM	22 EU-Amtssprachen	1 200 EUR pro Jahr
Amtsblatt der EU, Reihe L, nur Papiaerausgabe	22 EU-Amtssprachen	770 EUR pro Jahr
Amtsblatt der EU, Reihen L + C, monatliche (kumulative) CD-ROM	22 EU-Amtssprachen	400 EUR pro Jahr
Supplement zum Amtsblatt (Reihe S), öffentliche Aufträge und Ausschreibungen, CD-ROM, 2 Ausgaben pro Woche	Mehrsprachig: 23 EU-Amtssprachen	300 EUR pro Jahr
Amtsblatt der EU, Reihe C — Auswahlverfahren	Sprache(n) gemäß Auswahlverfahren	50 EUR pro Jahr

Das *Amtsblatt der Europäischen Union*, das in allen EU-Amtssprachen erscheint, kann in 22 Sprachfassungen abonniert werden. Es umfasst die Reihen L (Rechtsvorschriften) und C (Mitteilungen und Bekanntmachungen).

Ein Abonnement gilt jeweils für eine Sprachfassung.

In Übereinstimmung mit der Verordnung (EG) Nr. 920/2005 des Rates, veröffentlicht im Amtsblatt L 156 vom 18. Juni 2005, die besagt, dass die Organe der Europäischen Union ausnahmsweise und vorübergehend von der Verpflichtung entbunden sind, alle Rechtsakte in irischer Sprache abzufassen und zu veröffentlichen, werden die Amtsblätter in irischer Sprache getrennt verkauft.

Das Abonnement des Supplements zum Amtsblatt (Reihe S — Bekanntmachungen öffentlicher Aufträge) umfasst alle Ausgaben in den 23 Amtssprachen auf einer einzigen mehrsprachigen CD-ROM.

Das Abonnement des *Amtsblatts der Europäischen Union* berechtigt auf einfache Anfrage hin zu dem Bezug der verschiedenen Anhänge des Amtsblatts. Die Abonnenten werden durch einen im Amtsblatt veröffentlichten „Hinweis für den Leser“ über das Erscheinen der Anhänge informiert.

Im Laufe des Jahres 2010 wird das Format CD-ROM durch das Format DVD ersetzt.

Verkauf und Abonnements

Abonnements von Periodika unterschiedlicher Preisgruppen, darunter auch Abonnements des *Amtsblatts der Europäischen Union*, können über die Vertriebsstellen bezogen werden. Die Liste der Vertriebsstellen findet sich im Internet unter:

http://publications.europa.eu/others/agents/index_de.htm

EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu>) bietet einen direkten und kostenlosen Zugang zum EU-Recht. Die Site ermöglicht die Abfrage des *Amtsblatts der Europäischen Union* und enthält darüber hinaus die Rubriken Verträge, Gesetzgebung, Rechtsprechung und Vorschläge für Rechtsakte.

Weitere Informationen über die Europäische Union finden Sie unter: <http://europa.eu>



Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union
2985 Luxemburg
LUXEMBURG

DE